

Prozesse: Proll, Schubert, Berberich,

Prozess gegen Astrid Proll

Voraussichtlich am 1.10.73 beginnt der Prozeß gegen unsere Genossin Astrid Proll. Nach fast einem Jahr Überlegung läßt die Justiz dieses öffentliche Spektakel jetzt in Sindlingen ablaufen, nachdem in Frankfurt die Umbaukosten des entsprechenden Gerichtssaales angeblich zu hoch waren und Bad Vilbel es wohl aus Angst vor der zu erwartenden Unruhe, abgelehnt hatte, diesen Prozess bei sich zu führen.



Astrid Proll (vor dem Hamburger Untersuchungsgefängnis)

Die Ermittlungen sind abgeschlossen, die Anklage ist erhoben, der Umbau des ehemaligen Bürgerhauses von Sindlingen zu einem Gerichtssaal hat begonnen.

Dieser Prozess ist der Vorbereitung und mit Sicherheit auch der Durchführung nach ein Schauprozess, vergleichbar nur mit entsprechenden Prozessen gegen Werner Hoppe und Horst Mahler. Das Urteil braucht nur noch unterzeichnet zu werden. Wie bei Dieter Kunzelmann. Wie bei Werner Hoppe. Wie bei Horst Mahler. Und wie bei allen zukünftigen Prozessen gegen militante Genossen.

Der Hauptanklagepunkt besteht aus zwei angeblichen Mordversuchen an zwei Sonderkommissionsbullen im Frankfurter Westend. Die weiteren Anklagepunkte lauten neben Gefangenbefreiung, wie üblich auf unerlaubten Waffenbesitz, §129, einige Banküberfälle, Autodiebstahl etc. Es ist fast kaum noch bemerkenswert, daß diese Anklage im Wesentlichen auf den Aussagen der bewiesenermaßen gekauften Zeugen Ruhland, Beate Sturm und Peter Homann beruhen. Ähnlich wie im Prozess gegen den Genossen Mahler werden die Hauptakteure in dieser Schmierkomödie sein, die 369 Zeugen der Anklage, davon allein 128 Bullen, bilden nur noch die Kulisse. Eine Kulisse allerdings, die ihre Funktion hat! Soll doch hier Rechtsstaatlichkeit in ihrer Perfektion geleistet werden. Soll

doch hier der Öffentlichkeit gezeigt werden, daß auch Staatsfeinde, Revolutionäre einen fairen Prozess bekommen. Ebenso aber und gerade dadurch zeigt dieser Prozess, wie auch alle anderen Prozesse gegen militante Genossen, die Angst der Herrschenden vor gerade diesen Genossen und ihren Einfluß auf das Bewußtsein der Linken und bestimmte Kreise der Öffentlichkeit. Wozu sonst der Umbau der Gerichtssäle in ein- und ausbruchssichere Festungen? Wozu sonst die Heerschar bis an die Zähne bewaffneter Bullen? Wozu sonst dieser prozessuale Aufwand gegenüber einem normalen Mordprozess. Aus Angst und um Angst zu erzeugen! Der Staat und die Justiz haben es hier mit einer Gruppe von Genossen zu tun, deren Anwendung von Gewalt, offensiv wie defensiv, aus dem Rahmen des bisherigen Kampfes fällt, die versuchen, diesen Kampf voranzutreiben, ihn mit einer Kompromißlosigkeit führen, die jeden Schritt zu einem Existenziellen werden läßt. Dieser Kampf muß von dem Staat zerstört werden, oder er wird von ihm zerstört. Daher der Aufwand, daher die Maßlosigkeit der Mittel. Der zuständige Staatsanwalt, Schäfer, sagte auf eine Frage hin, wie er den Prozeß anzugehen gedenke, daß ihm allein die Mordversuche reichen, dieser Prozeß werde auch ohne die restlichen Anklagepunkte zu einer hohen, wahrscheinlich lebenslänglichen Freiheitsstrafe gegen Astrid führen.

die nicht beweisbare Aussage eines schießwütigen Bullen. Den anderslautenden Erklärungen der RAF zu solchen Vorfällen wird, wenn überhaupt, nur der Platz des Feigenblattes zukommen. "Am 14. Mai (Andreas Baaders Befreiung), ebenso wie in Frankfurt, wo zwei von uns abgehauen sind, als sie verhaftet werden sollten, weil wir uns nicht einfach verhaften lassen - haben die Bullen zuerst geschossen. Die Bullen haben jedesmal gezielte Schüsse abgegeben. Wir haben z.T. überhaupt nicht geschossen, und wenn, dann nicht gezielt. In Berlin, in Nürnberg und in Frankfurt. Das ist nachweisbar, weil es wahr ist. Wir machen nicht "rücksichtslosen Gebrauch von der Schußwaffe" ... Wir schießen, wenn auf uns geschossen wird. Der Bulle, der uns laufen läßt, lassen wir laufen." (RAF - Buch S. 25) Doch selbst dem Gericht geht es nicht um juristische Argumentation, die Konzeption ist von vornherein klar: Abschreckung. Hier soll Widerstand gebrochen werden, der sich mit der RAF an einem Punkt bereits organisiert hat, und der sich an vielen Punkten zu organisieren beginnt. Widerstand, der sich nicht im Schreiben und Reden erschöpft, sondern der durch seine Militanz einen permanenten Angriff gegen die Herrschenden darstellt. Die RAF hat das Recht beansprucht, sich zu verteidigen. Das ist ein legitimes Recht! Jeder hat das Recht, sich

INHALT:

Proll, Schubert, Berberich, Asdonk, Grusdat, Bäcker.....	2/3
Jansen-Prozess.....	4
Erklärung d. Roten Hilfen....	4
Aufrüstung.....	4/5
Hausbesetzung Tübingen.....	5
Martin Sostre.....	5
FORD.....	6/7
Hamburg Eckhofstr.....	8/9
Revolte in Bruchsal.....	10
Knastflugblatt.....	11

Santa Fu - Hungerstreik	12
Brief v. Rolf Heißler.....	13
Anwälte.....	14/15
Aus dem Ausland.....	16-18
Hausdurchsuchungen.....	19/20
Chile.....	21
Weissbeckerhaus Berlin	22
Rote Hilfen/Knastthothek.....	23

Wie kam es zu diesen angeblichen Mordversuchen? Am sollten im Frankfurter Westend zwei Personen in einem Fahrzeug kontrolliert werden. Nach Aussage der zwei Soko-Bullen entzogen sich die beiden Personen, angeblich Astrid Proll und Manfred Grashoff, der Kontrolle, indem sie anfangen, die Bullen zu beschießen. Sie konnten nach einem längeren Schußwechsel entkommen. Juristisch wurde aus dem Ereignis erst dann ein Mordversuch, nachdem einer der Bullen behauptete, er hätte deutlich gehört, wie Astrid gerufen hätte: "Euch leg ich um, Euch Schweine!" Damit wurde aus einem Vergehen gegen das Waffengesetz ein Mordversuch. Begründet allein durch

gegen die tägliche Gewalt dieser gesellschaftlichen Verhältnisse zu wehren. Gegen die Fabrik, gegen die Bullen, gegen die Justiz und gegen den Knast. Dieses Recht kann von keinem bürgerlichen Gericht als kriminell verurteilt werden. Ein Revolutionär kann sich nur der Notwendigkeit der Situation unterwerfen, nicht aber dem Gesetzbuch seiner Henker.

Astrid Proll soll für ihren militanten Widerstand verurteilt werden, wie viele Genossen vor und nach ihr. Den Prozeß müssen wir benutzen, um seinen Zynismus und seine Verlogenheit zu entlarven. Wir müssen ihn zu einer Waffe gegen seine Urheber werden lassen.

Asdonk, Goergens, Grusdat, Bäcker

Seit dem 24.11.72 versucht die Berliner Justiz 6 RAF - Genossen abzuurteilen. Die Anklage lautet auf § 129, Bankraub, Autodiebstähle etc. Angeklagt sind Ingrid Schubert, Monika Berberich, Brigitte Asdonk, Irene Goergens, Eric Grusdat und Jürgen Bäcker.

Hier wird mal wieder versucht, den Leuten unterzujubeln, daß die Genossen einen fairen Prozeß kriegen, obwohl sie das als Feinde des Staates gar nicht verdient haben. Man will den Eindruck erwecken, daß in unserem Rechtsstaat erreichbar ist, man muß sich nur an die Regeln halten. So gibt der Vorsitzende Wienecke auch gleich dem Antrag der Anwälte statt, die Bullen rauszuschmeißen, um sie am nächsten Tag auf Antrag der Staatsanwaltschaft wieder hereinzulassen. Aber so sehr sich das Gericht auch müht, diesen Eindruck von Rechtsstaatlichkeit entstehen zu lassen, so wenig unterstützen sogar die eigenen Behörden dieses Unterfangen. Die Beschlüsse des Gerichtes werden als das genommen was sie sind - eine Farce - und werden von den Behörden völlig ignoriert. Zum Beispiel beschließt das Gericht die Herausgabe der beschlagnahmten Schriften der Gefangenen oder die Zurückverlegung von Ingrid und Irene in die Lerther Str., aber die Zellen der Angeklagten werden weiter in ihrer Abwesenheit durchsucht und Schriften beschlagnahmt, die beiden Mädchen werden trotzdem wieder nach Moabit gebracht. Das ist die eine Sache. Was man mit diesem Schauspiel noch erfahren kann, ist: was macht man mit aussagewilligen Zeugen, deren Aussagen nicht ins Drehbuch passen? Man droht ihnen. Welter, z.B., der mit Ruhland im Knast saß, wurde in seiner Zelle von der Kripo aufgesucht, die ihm mitteilten, daß wahrscheinlich ein altes Verfahren gegen ihn wieder aufgenommen werden müßte, weil sich da "neues" ergeben habe.

Oder der Zeuge Hannebohm. Er will bei den Bullen nicht aussagen; er will einen Anwalt. Man sagt ihm, er könne gerne einen Anwalt anrufen, aber dann würde er auch da landen, wo Eric Grusdat schon gelandet sei. Hannebohm bekommt Angst und unterschreibt irgendeine "Aussage", um seine Ruhe zu haben.

Interessant sind auch die Bullenaussagen. Die Bullen berufen sich zum größten Teil auf die schriftlichen Aussagen, die sie mal gemacht haben. Bei den wenigen Einwänden werden sie meist unsicher. Der Eindruck entsteht, daß unlautere Vernehmungsmethoden und Dienstwidrigkeiten verheimlicht werden sollen. Richter und Staatsanwälte helfen ihnen dabei, indem sie peinliche Situationen rasch übergehen.

Aber sogar mit dem Starzeugen Ruhland ist kein Staat mehr zu machen. Ruhland erzählte zwar ungeheuer belastende Dinge, die aber durch ihre Widersprüchlichkeit wieder zunichte gemacht werden. In seinem Bestreben, seine ihm zugedachte Rolle so gut wie möglich zu spielen, be-

stätigt er, trotz hilfreich soufflierender Richter und Staatsanwälte, jeden Widerspruch, den er vorgehalten bekommt.

Neun schon verurteilte oder noch in U-Haft sitzende Genossen von der RAF wurden geladen. Astrid Proll als erste, dann Ulrike Meinhof. Astrid wollte nicht in den "Eichmannkasten" (Glaskasten zum "Schutz der Zeugen"). Außerdem protestierte sie mit ihrem Schweigen gegen ihre Behandlung in Moabit. Sie wird abgeführt und bekommt 6 Monate Beugehaft, 300.--DM Geldstrafe bzw. 3 Tage Ordnungshaft und hat die Kosten zu tragen, die durch ihr Verhalten entstanden sind. Das wiederholt sich jetzt 8 mal. Zuerst Ulrike, dann Andreas, Raspe, Gudrun, Grashof, Jansen, Mahler und Hilmar Buddee. Eigentlich müßte sich an der Haftsituation der Genossen daraufhin etwas ändern, weil bei der

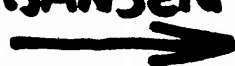
Beugehaft nicht zulässig ist, Post oder Ähnliches zu beschränken oder zu isolieren. Das geschieht natürlich nicht. Die Genossen können lediglich jederzeit, wenn sie aussagewillig sind, wieder vorgeführt werden.

Die Verhängung der Beugehaft ist juristisch gesehen sehr umstritten. Alle Genossen wurden nach § 55 belehrt, was ein Aussageverweigerungsrecht beinhaltet. In diesem Sinne hätte (außer gegen Horst vielleicht) überhaupt keine Ordnungsstrafe verhängt werden dürfen. Selbst die Aussageverweigerung zur Person wäre kein Grund, weil es eine Rechtsprechung gibt, die bei Passvergehen z. B. eine Aussageverweigerung zur Person zuläßt. Die Richter begründen ihre Ordnungsstrafen so, daß ein Zeuge kein prinzipielles Aussageverweigerungsrecht hat, d. h. er hat nur die Möglichkeit, einzelne Fragen, deren Beantwortung ihn belasten könnten, nicht zu beantworten.

Und die 6 Angeklagten spielen in dieser ganzen Prozeßshow nicht mit. Zuerst wollten sie überhaupt nicht erscheinen, doch da sie zwangsvorgeführt wurden, benutzten sie die Szenerie um bestimmte Dinge aus dem Knast öffentlich werden zu lassen. Die Erklärungen zum Hungerstreik, zur Aktion des Schwarzen Septembers in Karthum, zur Haftsituation, zu den Beschlafnahmen und gynäkologischen Zwangsuntersuchungen der Genossinnen sind verlesen worden. Um das ganze Schauspiel von der Rechtsstaatlichkeit zu entlarven und um den Genossen draußen ihre Situation und ihr Verhalten dazu zu vermitteln. Nachdem im Gerichtssaal bei den 4 Genossinnen eine Kugelschreibermine explodierte, wurde von dem Vorsitzenden Bernhardt (hat erkrankten Wienecke abgelöst) eine körperliche Untersuchung der 4 Genossinnen angeordnet, norfalls mit Gewalt. Als die Justiztanten die Mädchen gewaltsam entkleidet hatten, kam es jedoch nur bei Monik zu einer Untersuchung, da die Anstaltsärzte sich weigerten, die Mädchen unter diesen Bedingungen zu untersuchen. Bernhardt nahm daraufhin seine Anordnung zurück.

Auffallend ist, daß sich die Genossen von draußen genauso verhalten haben, wie die bürgerliche Presse. Als die RAF-Prominenz anwesend war, waren auch immer viele Genossen im Gerichtssaal zu sehen. Ansonsten war die Besetzung immer sehr mau. Das zeigt, das Sinn und Zweck des Vorhandenseins im Gerichtssaal überhaupt nicht diskutiert wurden. Nicht nur Solidarität mit den angeklagten Genossen soll uns in die Gerichtssäle treiben, sondern auch, daß man weiß, was läuft, daß man bestimmte Sachen aufgreifen kann, daß man gezielten Putz im Gerichtssaal und draußen machen kann.



**BERICHT: VORBEREITUNG
ZUM PROZESS H.JANSEN
AUF SEITE** 



Der Prozeß gegen
**HEINRICH
JANSEN**
ist eröffnet.

Am 20. September soll nun in Westberlin der dritte Prozeß gegen Genossen der RAF im schwer gesicherten Saal 700 des Kriminalgerichts Moabit beginnen. Angeklagt wird Heinrich Jansen, dem man Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Beteiligung an Banküberfällen und drei Mordversuche an Polizeibeamten vorwirft. Bei der Flucht nach einem versuchten Autodiebstahl in der Fuggerstr./Westberlin im August 1970 soll er auf zwei Bullen geschossen haben und bei seiner Festnahme am 22.12.70 habe er ebenfalls die Schußwaffe gegen einen Polizeibeamten gebraucht, so die Anklage.

Diese letzten Vorwürfe bilden dann auch den Hauptpunkt der Beschuldigungen; sie machen klar, daß es hier nicht um politische Dinge gehen soll, sondern einzig und allein um die Aburteilung krimineller Taten. Heinrich Jansen soll zum skrupellosen Gewalt erbrecher, dem es auf Menschenleben nicht ankommt, abgestempelt werden.

Gerade diesem Genossen hat seit seiner Verhaftung die Klassenjustiz ganz übel mitgespielt. Schon bei seiner Festnahme wurde er von den Bullen dermaßen zusammengeschlagen, daß seine Mutter ihn auf Fotos, die nach der Festnahme gemacht wurden, nicht identifizieren konnte. Bis zur Übernahme der Fahndung und der Verfahren gegen die RAF durch die Bundesanwaltschaft im Februar 71 unterschieden sich seine Haftbedingungen nicht von den allgemein üblichen. Ab dann versuchte man mit allen Mitteln ihn zu isolieren und fertigzumachen:

dauernde Gefängnisverlegungen, totale Isolierung, Ablehnung fast aller Besuchsanträge, Schlafentzug ab Oktober 71 in Düsseldorf durch Wecken mitten in der Nacht, Beschlagnahme der meisten Postsendungen an ihn, Behinderung und Verzögerung bei der Zustellung von Verteidigerpost, Zellenkontrollen usw. (mehr darüber in der RH-Dokumentation: Vorbereitung der RAF-Prozesse).

Doch hat es die Justiz mit all diesen Maßnahmen nicht geschafft, Heinrich Jansen Kaputtzumachen. Wir fordern alle Genossen auf, nicht nur von Solidarität zu reden, sondern praktische Solidarität zu zeigen, indem sie zum Prozeß kommen und dem Genossen Jansen zeigen, daß er nicht allein ist.

Und noch etwas: Kommt nicht nur dann zu den Prozessen, wenn irgendwelche "prominente" Zeugen zu erwarten sind, sondern auch sonst. Beim Prozeß gegen die "6" ist es leider so, daß der Saal gewöhnlich ziemlich leer ist und wenn "Prominenz" erwartet wird, ist er voll besetzt. Starrummel brauchen wir nicht.

**FREIHEIT FÜR HEINRICH JANSEN!
FREIHEIT FÜR ALLE, DRINNEN UND
DRAUSSEN!**

ERKLÄRUNG DER ROTEN HILFEN WESTDEUTSCHLANDS

Die "KPD/AO" hat in ihrem "Zentralorgan Rote Fahne" den Aufbau einer eigenen "Roten Hilfe" angekündigt. Die schon bestehenden Roten Hilfen erhielten teilweise Einladungen, und zwar gerade zu einem Datum, als diese sich sowieso treffen wollten - aber an einem anderen Ort.

In ihrem "Programm" wird die Arbeit der neuen RH/AO als Fortführung der Arbeit des westberliner Rote-Hilfe-Komitees verstanden, welches sich schon mehrfach durch Verteilen gedruckten Papiers hervorgetan hat. Knastarbeit und die Arbeit mit Gefangenen wird mit einer einzigen Ausnahme - Ulli Kranzusch - nicht erwähnt. Indem sie Prozeßvorbereitungen auf die juristische und materielle Ebene beschränken, orientieren sie sich am vorgegebenen Rahmen der herrschenden Klasse. Aus der Roten Hilfe soll eine Parteiorganisation der "KPD" werden.

Die Konferenz der Roten Hilfe erklärt, daß die Roten Hilfen unabhängig bleiben werden, daß sie sich von keinem ZK die Ziele ihrer Arbeit werden diktieren lassen. Rote Hilfe ist keine Parteisache!

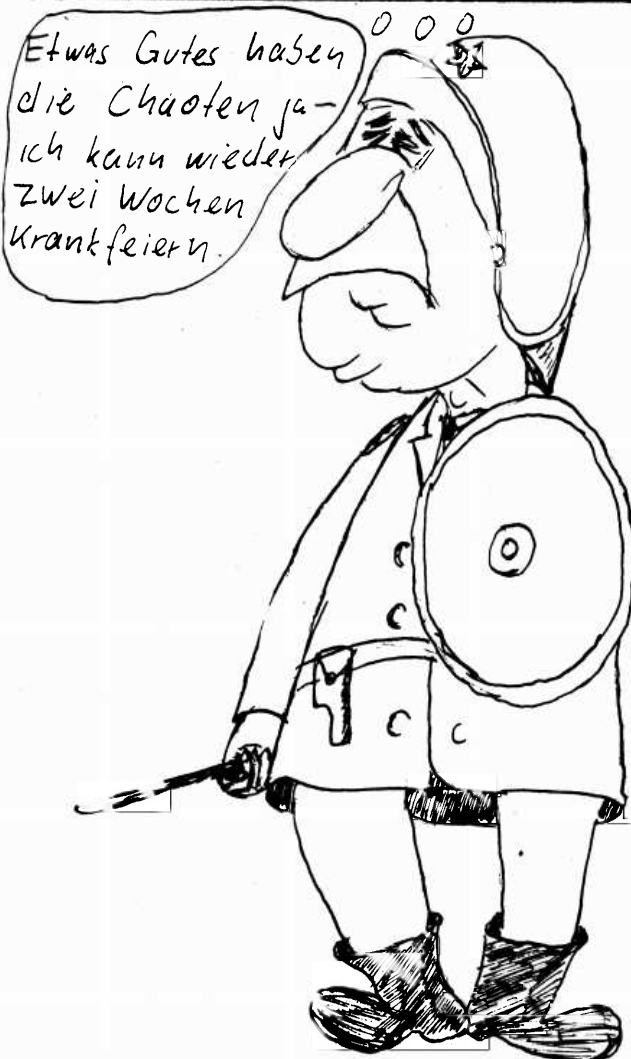
Den Mißbrauch des Namens der Roten Hilfe werden wir nicht durch Parteiengezänk und Polemik, sondern durch eine entschlossene Praxis bekämpfen, die sich in Form, Inhalt und Qualität von den spalterischen und phraseologischen Aktionen anderer unterscheidet.

RH Kassel, Wetzlar, Marburg, Frankfurt, Karlsruhe, Berlin, Bochum, Gießen, Würzburg, München, Stuttgart, Bonn, Köln, Hamburg, Baden-Baden, Freiburg, Darmstadt, Tübingen, Dortmund.



erneute AUFRÜSTUNG der BÜRGERKRIEGSARMEE

*Drigeus: Rote Hilfe muß, weil
unbedingt!!*



Der herrschende Gewaltapparat wird in einem immer größer werdendem Maß ausgebaut. Ein wichtiger Schritt waren hierfür die Notstandsgesetze, die 1968 gegen den Widerstand weiter Kreise der Bevölkerung im Bundestag verabschiedet wurden. Diese ermöglichen der Bundesregierung den Einsatz von Streitkräften, von 120 000 Polizeibeamten und einigen 10 000 Grenzsoldaten (als militärischen Kampfverband der Polizei), um den "Rechtsstaat zu beschützen, d.h. die Klassenherrschaft aufrecht erhalten zu können.

Am 26.9.72 hat Bundesinnenminister Genscher die Aufstellung einer Spezialeinheit des Bundesgrenzschutzes für besondere politische Aufgaben zu rechtefertigen versucht. Sie soll an jedem Ort und zu jeder Zeit zur Bekämpfung von Aufständen verfügbar sein.

Die Einheiten üben wie man Fabriken verteidigt, Streiks zerschlägt, Streikbrecher unterstützt sie üben den Einsatz bei Straßenkämpfen, Hausdurchsuchung, Demonstrationen und Razzien.

weiter geht's auf S.

und hier die Fortsetzung von S. 4

Damit bereitet sich der Staat offensichtlich auf zukünftige Klassenkämpfe vor. Mit der Begründung, Aufrührern und Terroristenbanden entschieden schlagkräftig auf den pelz rücken zu können, will NRW-Innenminister Weyer seine Polizei mit modernsten technischen Geräten ausrüsten. In einem Sofortprogramm stellte das NRW-Finanzministerium 17,34 Mill. Mark zur Verfügung. Mit dem Geld will der Minister Polizisten und Spezialtrupps arminieren:

- 11000 Schnellziehholster
- 58000 Schienbeinschoner
- 30000 Schutzhilde
- 1600 Stahlhelme
- 2600 lange Schlagstöcke
- 6200 Parajacken
- 132 Gruppenkraftwagen
- 77 mobile Lausprecher
- 1500 Handsprechfunkgeräte
- 8 Fernsehanlagen (für Polizeipräsidien in Bonn, Köln, Düsseldorf, Essen, Dortmund, Bielefeld)
- 1400 Sprachverschleier (500 vorhanden)
- 1 Panzerwagen

Der Staat hat eine so riesige Bürgerkriegsarmee im "Notstandsfall" zur Verfügung. Was meint die Bourgeoisie mit dem Notstandsfall?

Zu Zeiten der Studentenbewegung boten militante anti-imperialistische Aktionen und zu Zeiten der RAF "anarchistische Gewalttaten" der Bourgeoisie den willkommenen Vorwand aufzurüsten.

Im Kern waren all diese Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse gerichtet. Denn seit Mai 1968 war sich der kapitalistische Staat darüber im Klaren, was er mit Notstand meint: militärische Massenaktionen des Proletariats. Die September-



streiks haben den Westdeutschen Kapitalisten das Fürchten gelehrt. Konsequenterweise schreckt sie seither vor Polizeieinsätzen gegen streikende Arbeiter nicht mehr zurück: Polizeieinsätze bei den Chemiewerken Merck in Darmstadt, in Lippstadt bei den Hella Werken, in Köln bei Ford; auch bei Wohnungskämpfen im Hamburg-Hohenfelde, den Mieterstreiks in Frankfurt oder in Nordhorn bei den Protestaktionen gegen den NATO-Flugplatz.

Die Militarisierung und Zentralisierung der Polizei, die Modernisierung von Werkspolizei, des Verfassungsschutzes und die Ausrichtung des Bundesgrenzschutzes zur Bürgerkriegsarmee ist nicht nur zur Verfolgung sogenannter "Terroristen" gedacht, sondern zur Niederhaltung der Arbeiterklasse.



»richard-epple-haus« ein jahr besetzt!

Als am 25.4.72 das Jugendzentrum Schwabenhaus abbrannte, standen die Tübinger Jugendlichen ohne "Treffpunkt" da. Die Tübinger Stadtväter hielten es jedoch nicht für nötig, einen Ersatz zu schaffen; sie schoben das Problem auf die lange Bank und vertrösteten die Jugendlichen immer wieder auf einen Verhandlungstermin. Deshalb wurde der Stadt das Ultimatum gestellt, daß sie innerhalb von zwei Monaten Ersatzräume für das abgebrannte Schwabenhaus beschaffen sollte.

Da diese Forderungen natürlich nicht erfüllt wurden, besetzten die Jugendlichen am 23.6.72 das Haus Karlstr. 13. Nach drei Tagen Besetzung ließ sich der Oberbürgermeister herbei, in Verhandlungen einzutreten, die dann erfolgreich verliefen.

Das neue Jugendzentrum erhielt seinen Namen nach Richard Epple, der am 1.3.72 von der Polizei brutal von hinten erschossen worden ist. R.E. war ohne Führerschein gefahren; er soll, laut Polizeibericht, mehrere Polizeisperren durchfahren und das Leben von Bürgern und Polizei gefährdet haben. Dies reichte H.J. Geigis aus, um seine Schießübungen auf offener Straße zu veranstalten, ohne befürchten zu müssen, für den Tod Richards von Seiten des Staatsapparates in irgendeiner Weise belangt zu werden. (So sicher können sich die Bullen ihres Handwerks sein: die Rechtsstaatlichkeit mit all ihren Handlangern hält schützend ihre Hand über das Haupt bezahlter Mörder. Alles zum Schutze des Volkes, alles im Namen des Volkes!)

Hätte die Stadt nicht immer wie der Schwierigkeiten gemacht (von Materialsperrung bis hin zu Einwänden gegen die Benennung des Hauses), wäre das R.E.H. längst fertig. Trotzdem wurde das Haus am 7.6. eröffnet. Am Jahrestag der Hausbesetzung veranstalteten die Jugendlichen ein Kinder- Jugendfest auf dem Tübinger Schloß.

Die Jugendlichen des R.E.H. würden es gerne sehen, wenn noch mehr Leute kommen und mithelfen würden. Sie haben zwar jetzt ein Haus aber der Kampf mit den Stadtbürokraten geht weiter.



martin sostre

Vor sechs Jahren rebellierte die schwarze Bevölkerung von Buffalo, gegen den Staat. Drei Tage lang kämpften sie geschlossen gegen den Polizeiterror und die erzwungene Armut mit Kugeln und Tränengas. Viele der Beteiligten suchten Schutz im Afroasiatischen Buchladen von Martin Sostre, einem schwarzen Puertoricaner, der sich das Geld für den Laden in einem Stahlwerk erarbeitet hatte. Am 4. Juli durchsuchte die Polizei den Laden und verhaftete Martin Sostre und Geraldine Robinson.

Martin wurde angeklagt wegen Landfriedensbruch, Brandstiftung, Drogenbesitz und Nötigung. Die Kaution wurde hoffnungslos hoch gesetzt und acht Monate später wurde er vor Gericht gestellt. Die Presse setzte eine Kampagne gegen ihn in Gang, die an Rassismus nichts zu wünschen übrig ließ. Als Anarchist und Schwarzer hatte er nichts zu erwarten und so war das Urteil 41 Jahre. Die Hauptzeugen waren ein Heroinsüchtiger, Arto Williams, der inzwischen seine Aussage zurückgezogen hat, die er nur gemacht hatte, um eine Gefängnisstrafe erlassen zu bekommen; der zweite war der Polizeisergeant Alvin Gristmacher, der inzwischen wegen Bestechung und Rauschgift-handel entlassen wurde.

Trotzdem sitzt M. Sostre immer noch im Knast. Sechs Jahre seiner Strafe hat er schon abgesessen. In Clinton, einem der übelsten Knasts des Bundesstaates wurde seine Post aufgehalten oder beschädigt, er wurde geprügelt und mißhandelt auf eine Weise, die an Folter grenzt.



Es hat sich nun ein verteidigungskomitee gebildet, das seinen Fall wiederaufgreift.

Martin erwartet von seinen Genossen Unterstützung. Das mindeste, was man tun kann ist, an den Richter zu schreiben und ihn aufzufordern, Martin Sostre auf freien Fuß zu setzen. Schickt Kopien der Briefe und Briefe an Martin ans Verteidigungskomitee.



Hier die Adresse des Richters:
Judge John T. Curtin
US Courthouse
Buffalo New York 14201

Die Adresse des Komitees:
Martin Sostre Defence Committee
PO Box 839
Ellicott Station
Buffalo, New York, 14205 USA

WAS UNS NICHT UM-
BRINGT, MACHT UNS
NUR NOCH HÄRTER!

FORD!

Ca. 500 Türken überzogen nach den Sommerferien ihren Urlaub, und machten damit deutlich, daß 4 Wochen effektiv zu wenig sind, um in die Türkei zu fahren und sich noch halbwegs zu erholen. Ford kündigte sie einfach, und stellte aber auch keine Ersatzleute ein. Das hatte natürlich zur Folge, daß die anderen Kollegen für die gekündigten mitarbeiten mußten. Also schmissen am 25.8. die Türken in der Endmontage die Brocken hin, ließen Bänder Bänder sein und organisierten einen Streikumzug, der die gesamte Produktion der Spätschicht lahmlegte.



OHNE WÖRTE...

Am Montagmorgen ging der Streik weiter, es wurde ein Streikkomitee gewählt und die Forderungen aufgestellt: 1 DM mehr für alle, Herabsetzung der Bandgeschwindigkeiten, Rücknahme der Entlassungen usw. Ebenso wurde beschlossen, während des Streiks keinen Alkohol zu trinken und keine Prügeleien anzufangen. Lediglich gegen Provokateure wollte man vorgehen.

Die Geschäftsleitung versuchte ständig durch Provokateure Unruhe zu stiften und Schlägereien zu provozieren. Jedoch hielten sich die Streikenden immer an ihren Beschluß, sich nicht herausfordern zu lassen und wichen jeder Konfrontation aus. Nur in einem Fall, als Schläger auf ein paar Türken einprügelten, mußten sie sich bald wie verprügelte Hunde mit eingezogenem Schwanz verziehen.



IHRE WAFFEN: PROVOKATEURE

Wenn es den Ford-Bossen auch nicht gelang, durch direkte Provokationen die Streikenden zu spalten, so gelang ihr das aber doch durch andere Tricks: durch Aussperrung, so daß die deutschen Kollegen zu Hause blieben und die ausländischen Arbeiter fast alleine das Werk Tag und Nacht besetzt hielten; und durch eine groß aufgezogene Hetzkampagne in der Presse, allen voran das Kölner Boulevard- und Schmierblatt "Express". Da wurden von der Geschäftsleitung provozierte Rempelen groß als Prügelei zwischen Arbeitswilligen und fanatisierten Türken aufgemacht, da wurde behauptet, chaotische Studenten wären ins Werk eingedrungen und würden erst "Revolution predigen" (Express) und dann den Streik organisieren und ähnlichen Mist. Natürlich war die übliche Linke vor den Toren aufmaschiert, aber da steht sie fast jeden Tag, um ihre Flugblätter loszuwerfen, nur das diesmal die Papierschwemme ganz andere Dimensionen annahm. Die IGM erzählte angstvoll, auswärtige Anarchisten wären mit 30(!) bussen angekommen usw. usf. Und wenn der große Vorsitzende Horlemann behauptet, er sei im Werk gewesen, so mag das stimmen - Löcher im Zaun gab es genug - aber er soll bitte schön nicht erzählen, er hätte da groß einen gebracht.

Währenddessen versuchten die Arbeiter ihren Streik zu organisieren: es wurden permanent Umzüge gemacht, und Versammlungen abgehalten, es wurde versucht, eine Nachtwache und einen Botendienst einzurichten, z.T. mit Unterstützung von Genossen vor den Toren wurde die Verpflegung organisiert.

STREIKVERSAMMLUNG IM BESETZTEN WERK

Die GL bereitete unterdessen in kollegialer Zusammenarbeit mit den Bullen (der Bullenpräsident Hosse konferierte im GL-Gebäude und Weyer's Willi beobachtete per Hubschrauber) die Niederschlagung des Streiks vor. Es wurde bekannt, daß am Dienstag Flugblätter mit dem Datum vom Mittwoch gedruckt wurden, mit der Siegesmeldung, die Streikleitung sei verhaftet. Die Bullen zogen zu mehreren Hundertschaften auf, hielten sich aber versteckt, während lediglich 10-20 Uniformierte vor dem Haupttor rumlungerten und versuchten, Genossen, die die Verpflegung organisieren wollten, zu schikanieren.

Am Donnerstagmorgen schlugen sie zu: es wurde eine Gegendemo sogen. "Arbeitswilliger" gebildet, aus Meistern, Typen der GL, bewaffneten Zivilbullen im Meisterkittel, Betriebsräten und wenigen aufgehetzten deutschen Facharbeitern. (Sie führten ein Schild mit sich: "Wir wollen arbeiten!" - sowas kann auch nur den Bonzen einfallen, denn welcher vernünftige Mensch prügelt sich schon, um endlich wieder an die Maschine zu kommen?)

Diese Typen griffen den Streikzug an, der aus ca. 6 000 Leuten bestand, und zwar so geschickt, daß das Streikkomitee isoliert wurde und bei den Kollegen große Verwirrung entstand. Das Streikkomitee und einige andere Streikende wurden schlimm zusammengeschlagen, dabei griffen uniformierte Bullen ein und nahmen sie in "Schutzhaft".





Die Demo der Streikenden war nicht in der Lage, ihre Verwirrung zu überwinden, und löste sich auf.

Der Ablauf der Zerschlagung des Streiks, wo 1 000 "Arbeitswillige" 6 000 Streikende besiegten, läßt doch auf eine militärische Führung der Gegendemo schließen; es wurde mit Stoßkeilen, Gassen usw. operiert. Das bestätigt unsere Vermutung, daß der größte Teil der sogen. "Arbeitswilligen" aus Spezialeinheiten der Polizei und angeheuerten Schlägern bestand. Arbeitswillige Kollegen hätten sich kaum an solch einen exakten Plan gehalten. Deutsche Kollegen berichteten später, die jeweiligen

Hallenleiter, Obermeister usw. seien am Donnerstagmorgen zu ihnen gekommen, hätten gesagt: "Antreten zur Gegendemo, oder ihr könnt gleich gehen." Daraufhin sind natürlich auch einige Kollegen zur Gegendemo mitgegangen.

Über diese Vorfälle wurde in den Massenmedien direkt oder indirekt eine Nachrichtensperre verhängt, sämtliche Meldungen wurden aus der Stellungnahme der GL und aus dem besonders zynischen Polizeibericht zusammengeschmiert.

Es gab bei der Niederschlagung des Streiks an die 100 Verletzte, 26 Mann wurden verhaftet, nachdem die Bullen bei einigen

versucht hatten, ihnen versuchten Totschlag unterzuschreiben, aber wieder freigelassen.

Bis jetzt ist uns über Anzeigen gegen die Streikenden noch nichts bekannt. Ebenso liegt die genaue Zahl der Entlassenen völlig im Dunklen. Die offizielle Zahl von 35 ist auf jeden Fall gelogen.

Sicher ist allerdings, daß sich eine ganze Reihe türkischer Arbeiter nach diesen Ereignissen geweigert haben, jemals wieder das Werk zu betreten; genauso sicher ist es, daß Betriebsräte bei einigen Türken angelatscht sind und ihnen geraten haben, von sich aus zu kündigen, da sie sowieso fliegen würden, man würde ihnen auch helfen, eine neue Stelle zu finden.

SPENDENAUFTRUF DER "KÖLNER FORDARBEITER"

★
Nach dem Streik bei Ford ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, die Solidarität mit den entlassenen Kollegen zu organisieren. Besonders die ausländischen Kollegen haben bei Entlassungen die schwersten Folgen zu tragen. Sie verlieren nicht nur ihre Arbeitsstelle, sondern gleichzeitig oft ihre Wohnung in den Wohnheimen und dann droht ihnen die sofortige Abschiebung in die Heimatländer. Und das heißt für viele: Polizeiliche Verfolgung und Gefängnis.

Wir müssen die von der Entlassung bedrohten oder schon entlassenen Kollegen unterstützen. Neben der breiten Öffentlichkeitsarbeit in der Bevölkerung und in anderen Betrieben, neben dem Kampf gegen die Entlassungen, gehört dazu auch materielle Hilfe: Rechtsschutz, Wohnungssuche, direkte finanzielle Unterstützung.

Deshalb rufen wir die Kolleginnen und Kollegen, die Kölner Bevölkerung dazu auf, die Kollegen von Ford mit ihrer Spende zu unterstützen.



SPENDENKONTO: P'sch'sonderkonto Dieter Heinert 26 4652-505

Wir unterstützen die Streikenden...



also, Leute, rückt das Geld raus!!

DANKE!

HAMBURG: EKHOFFSTR. 39

2. AKT

Am Dienstag, den 21. 8. veranstalteten die Hamburger Hausbesetzer aus der EkhoFFstr. 39. ein teach-in. Sie verurteilten die Repressionen und Folterungen, denen die 4 Hausbesetzer ausgesetzt sind, die seit dem Mai - der gewaltsamen Räumung des besetzten Hauses durch uniformierte Terrorbanden - im Untersuchungsgefängnis sitzen.

Nach der Veranstaltung, an der auch zwei Spitzel teilnahmen, geschah folgendes: Ein Hausbesetzer der wie zwanzig andere mit ihm Haftverschonung bekommen hatte, wollte im Auto mit einem Mädchen nach Hause fahren. An der nächsten Ecke hielt er kurz an, um Zigaretten zu holen, während das Mädchen im Auto wartete. Drei oder vier Männer in Zivil sprangen aus einem stehenden Wagen, ergriffen den Hausbesetzer, drückten ihm ein Tuch vor den Mund und zerrten ihn in den Wagen. Sie jagten davon, während ein anderer Wagen mit vier Personen die Fahrbahn blockierte. Mehrere Zivilpolizisten sowie zivile Polizeiwagen flankierten dieses "Gestapo-Unternehmen". Sofort an dieses "Unternehmen" schloß sich eine Großaktion an, ca. 20 Polizeiwagen, mindestens ein ziviler Mannschaftswagen und mehrerer zivile Polizeifahrzeuge schwirrten durch die Gegend und umringten das ESG-Gebäude. Ebenfalls kontrollierten und verfolgten sie Personen und Fahrzeuge, die bei dem Teach-in waren.

Nachdem sie vergebens versuchten mit Gewalt in das ESG-Gebäude einzudringen, riegelten sie es hermetisch ab. Als Grund gaben sie an, eine Person, gegen die Haftbefehl vorliegt, sei beobachtet worden, als sie in die ESG ging. Da die Vertreter der ESG sich beharrlich weigerten, das Haus ohne Durchsicherungsbefehl durchsuchen zu lassen, mußten die Bullen unverrichteter Dinge abziehen.

KAMPE DER ISOLATIONSFOLTER!

Die Haftverschonung gegen den Hausbesetzer Emil, der von den Bullen gekidnappt wurde, wurde aufgehoben und Emil sitzt wieder in U-Haft. Wie die anderen politischen Gefangenen werden auch die Hausbesetzer in stenger Isolation gehalten. Das bedeutet: Einzelzelle, keine Teilnahme an gemeinsamen Veranstaltungen, Besuchsverbote, Zensur und Beschlagnahme von Büchern, Zeitschriften und Briefen. Darüber hinaus unterliegen sie noch verschärften Haftbedingungen, weil sie immer wieder versuchen, sich gegen die zermürbenden Maßnahmen zu wehren: Arreststrafen, Bunker, Fesselung an Händen und Füßen über zwanzig Stunden.



die Klassenjustiz in Aktion!

Die Prozesse gegen die Hausbesetzer laufen an. Im Juli brachte die Staatsanwaltschaft die erste Anklage gegen den Hausbesetzer Karl-Heinz D. heraus.

Sie klagt ihn an:

- der Mitgliedschaft oder Unterstützung einer "kriminellen Vereinigung". Damit ist der spontane Zusammenschluß von Menschen gemeint, die nicht länger gewillt waren, die kriminelle Bande der Hausbesitzer, der Spekulanten und Mietwucherer gewähren zu lassen, die der Ausplünderung der Mieter durch diese Bande den Kampf angesagt haben.

Sie klagt ihn an:

- des Landfriedensbruchs, weil er zusammen mit anderen Bewohnern des besetzten Hauses den Bullen, die systematisch die Bevölkerung einschüchterten, durch ständige Kontrollen, terrorisierten und zur Brechung ihres Widerstandes unverhüllt Gewalt anwendeten, mutig entgegentrat.

Sie klagt ihn an:

- des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, weil er andere Bewohner beschützte, als aufgehetzte Bullen sie mit einer Pistole bedrohten, weil er, um einen neuen Mord durch die Bullen zu verhindern, versuchte die Bullen zu entwaffnen.

Ist auch notwendig! ★

Die Taten des Genossen Karl-Heinz D. finden unsere volle Unterstützung. Wie kann jemand, der gegen die kapitalistischen Gangsterbanden, die mörderischen Provokationen kämpft, kriminell sein? Sein Kampf ist ein Beitrag dazu, diesen Blutsaugern das Handwerk zu legen. Vom Standpunkt des Volkes aus ist der Genosse Karl-Heinz D. kein krimineller und deswegen haben er und die anderen Hausbesetzer auch viel Sympathie gefunden.

Kriminell ist der Genosse Karl-Heinz D. jedoch vom Standpunkt der Bourgeoisie aus. Wozu hat sie denn ihre Gesetze, ihre Polizei und ihre Justiz, wenn nicht dazu, die Clique der profitsüchtigen Bonzen, die Kapitalisten vor dem Volk, d.h. vor ihrem Untergang zu retten. Dazu hat sie ihre Klassenjustiz und ihre Klassengesetze, mit denen der Widerstand des Volkes kriminalisiert und illegalisiert werden soll. Der ständig offenere, brutale, terrorisierende Einsatz dieser Unterdrückungsinstrumente der Bourgeoisie gegen den gerechten Kampf des Volkes,

der Ausbau und die Umrüstung, Faschisierung ist die Antwort auf die zunehmende Entschlossenheit des Volkes, seine Interessen selbständig gegen die Bonzen durchzusetzen.

FREIHEIT FÜR DIE HAMBURGER HAUSBESETZER!



hier geht's weiter, von S. 8

Über die Frage, wie die Hausbesetzer kriminalisiert werden sollen, kam es innerhalb der Hamburger Justiz zu einer Auseinandersetzung. Das für die Eröffnung des Hauptverfahrens (Anerkennung der Anklagepunkte der Staatsanwaltschaft) zuständige Landgericht hat die Anklage in dem Punkt - Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung nach § 129 - abgelehnt. Es hat die Auffassung vertreten, daß die Besetzung des Hauses Ekhof str. 39 "nur" ein gemeinschaftlich begangener Hausfriedensbruch sei. Zur Begründung führte das Landgericht aus: Um eine kriminelle Vereinigung handele es sich nach herkömmlicher Rechtsauffassung nur, wenn mehrere Personen sich zu einem bestimmten kriminellen Zweck organisatorisch (d.h. Unterordnung des Einzelnen unter den Willen einer Gesamtheit) auf längere Dauer zusammenschließen. Bei der Hausbesetzung handele es sich um einen Zusammenschluß für eine einzige Aktion.

Das Landgericht hat damit den bisher üblichen Anwendungsbereich des § 129 StGB (Strafgesetzbuch) akzeptiert. Bisher wurden als kriminelle Vereinigungen "nur" feste Organisationen verfolgt.



§ 129

1951: Das deutsche Volk kämpft gegen die Spaltung Deutschlands gegen die Wiederaufrüstung und Kriegshetze durch das Adenauer-Regime. An der Spitze dieses Kampfes u.a. die FDJ. Um diesem Kampf die Spitze zu nehmen, müssen die revolutionären Organisationen zerschlagen werden. Das Mittel der Bourgeoisie: Verbot! Noch fehlen die entsprechenden Gesetze; im Eiltempo werden sie durchgepeitscht die sogenannten "Blitzgesetze" zu denen auch der § 129 gehört. Es folgt das Verbot der FDJ als kriminelle Vereinigung der Verfolgen des Nazi-regimes, das Verbot der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft..... Hunderttausend Kommunisten und andere fortschrittliche Menschen werden verfolgt. 1972: Die RAF (sogenannte Baader-Meinhof Gruppe) wird als kriminelle Vereinigung verfolgt. Menschen, die sich im Sinne der RAF zu revolutionärer Gewalt des Volkes bekennen, werden monate- und jahrelang, ohne daß ihnen eine einzige Straftat nachgewiesen werden kann, allein wegen der Vermutung der Unterstützung der "kriminellen Ver-



Stärkt die Roten Hilfen!

einigung" RAF eingesperrt. Alles wird versucht, die Eingekerkerten langsam und qualvoll zugrundezurichten. Andere wurden feige und hinterrücks ermordet. Die Namen Georg von Rauch, Thomas Weißbecker und Petra Schelm stehen auf der Blutliste der Kapitalisten, wofür sie dereinst zur Rechenschaft gezogen werden. Der Prozeß gegen Horst Mahler brachte es ans Tageslicht. Kriminell ist die revolutionäre Gesinnung und die revolutionäre Tat. 12 Jahre für den Revolutionär Horst Mahler. Nachgewiesen wurde ihm keine einzige kriminelle Tat. Nachgewiesen wurde, daß er ein Revolutionär ist.

1973: Haussuchungen in Büros der KPD und der KPD/ML. Festnahme von führenden Genossen der KPD. Begründung: Kriminelle Vereinigung.

1973: Das Hamburger Oberlandesgericht entscheidet auf die Beschwerde der Staatsanwaltschaft hin, daß es sich bei den Hausbesetzern um eine kriminelle Vereinigung handelt, eine Anklage gegen Karl-Heinz D. nach § 129 StGB also zulässig ist. Es erteilt dem Landgericht eine Rüge, weil seine Rechtsauffassung überholt (!) sei. Damit bricht das Hamburger Landgericht ausdrücklich mit der Praxis, den § 129 auf feste Vereinigung zu beschränken. Das Hamburger Oberlandesgericht gibt den Weg frei für die Verfolgung von Massenkomitees, jeden Zusammenschluß fortschrittlicher Menschen als kriminelle Vereinigungen, die bei der Durchsetzung ihrer Interessen gegen das Ausbeuterpack auf ihre eigenen Kräfte, auf ihren Kampf bauen, die genau wissen, was sie von Bittschriften an die bezahlten "Volksvertreter", Behörden gängen usw. zu halten haben. Wenn heute die Hausbesetzer aus der Ekhofstr. 39 eine kriminelle Vereinigung sind, warum sollte nicht morgen das Streikkomitee, das einen "wilden" Streik gegen Lohnraub und Teuerung anführt, die Einteilung der Streikposten organisiert, die mit Provokateuren kurzen Prozeß machen, die nicht zulassen, daß Bullen Streikbrechern den Weg freiknuppeln, zur kriminellen Vereinigung erklärt

werden? Warum nicht die Komitees der Bürger von Nordhorn Range, die den Nato-Truppenübungsplatz gewaltsam besetzen, die auf den Straßen aus gefällten Bäumen Barrikaden errichten im Kampf gegen den Terror der Nato-Bomben.

Konkret können solche Kampfkomitees allein auf die Vermutung hin, daß sie "kriminelle" Handlungen, wie z.B. Hausbesetzungen, Betriebsbesetzungen planen und sich zu diesem Zweck zusammengeschlossen haben, zur kriminellen Vereinigung erklärt werden. Sie brauchen keine einzige Straftat (wie z.B. Hausfriedensbruch) begangen zu haben, damit "rechtmäßig" Haussuchungen durchgeführt, damit sie monate- oder jahrelang in U-Haft gehalten werden können.

ZZZZZZ



und hier noch unsere Parolenvorschläge:

1. Hoch die (den, das)...
2. Nieder mit...
3. Fr(sie, es) lebe...
4. Schlagt den (die, das)...
5. Kampf dem (der, dem)...

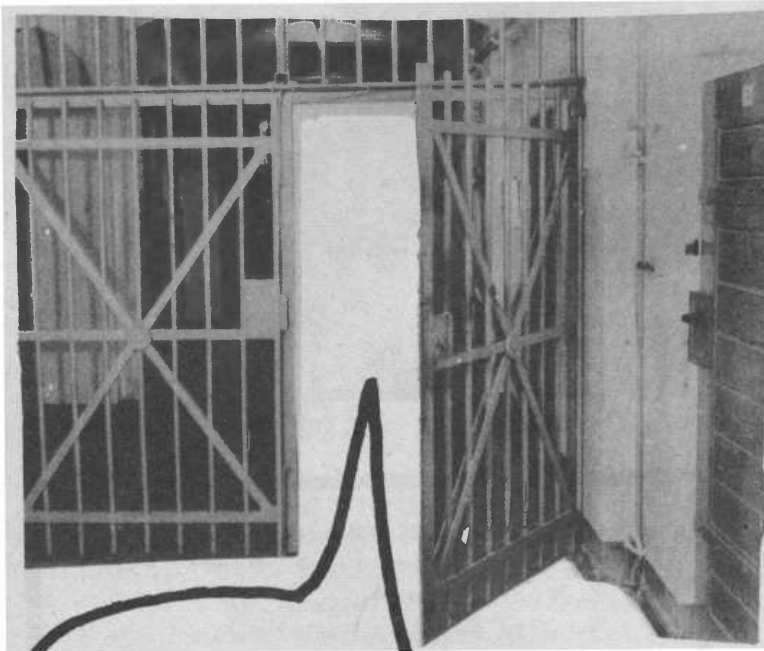


„Und nun macht mal was, Polizisten – irgendwas“

REVOLTE IM BRUCHSALER ZUCHTHAUS

Die Revolte kam von innen

Am Samstag (14.7.) gingen mehrere RH's und Genossen aus Mannheim vor den Bruchsaler Knast, um die Genossen drinnen zu unterstützen. Am Montag danach fingen 350 von 380 Gefangenen (!!!) einen 3-tägigen Hungerstreik an. (Von den 380 Gefangenen sind 100 Lebenslängliche und 280 Langzeitler, die als nicht mehr verwertbar, sprich "resozialisierbar" gelten. Der Bruchsaler Knast ist der härteste weit und breit). Die Gefangenen machten die ganze fegende und die nächste Nacht über BAMBULE: brüllten, sangen Lieder, schlugen mit Stühlen gegen die Zelltüren, rüttelten an ihren Fenstergittern, usw. Die Anstaltsleitung und das Justizministerium befürchteten ein zweites Santa Fu. JuMi Bender und ein schußbereites Bullenkommando warteten die ganze Nacht im Knast um jederzeit losschlagen zu können.



Die Forderungen der Gefangenen waren:

- besseres und gesünderes Essen!
- runter mit den Wucherpreisen und eßbares Essen am Verkaufsmagazin! (In den Bruchsaler Knast kommt monatlich ein Händler, der das absolute Verkaufsmonopol hat. Er verkauft Waren zu Wucherpreisen, die schon das Haltbarkeitsdatum überschritten haben: z.B. Käse, Joghurt), die er deshalb in seinem Laden nicht mehr verkaufen darf).

Weitere Forderungen der Gefangenen:

- private Rundfunkgeräte
- keine Briefbeschlagnahme mehr!
- keine politische Zensur!
- Schaffung eines Gefangenenparlaments!
- Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Überprüfung der Zustände im Knast
- Rechtsinformationen für alle Gefangenen!
- Anhebung des Verpflegungssatzes!

Nach der üblichen Taktik griff die Anstaltsleitung einige heraus, bezeichnete sie als Rädelsführer steckte sie in Isolierhaft und/oder verschubte sie in andere Knäste.

Am Donnerstag (26.7., eine Woche später) versuchte ein Genosse aus der Isolierhaft auszubringen. Er kam aber nur bis zum Dach, wo er vom Karlsruher Polizeipräsidenten wieder heruntergeholt wurde.

Die Revolte kam von innen!



Ein Knast-Info der Gefangenen rief ein paar Wochen vorher zum gemeinsamen Widerstand gegen das schlechte Essen und den Wucherhändler auf. (siehe Information Pax). Die Revolte entzündete sich an den bestehenden Zuständen im Knast:

WO GEWALT UND UNMENSCHLICHKEIT HERRSCHT, ENTSTEHT GEGENGEWALT!!

Die bürgerliche Presse versucht die Revolte runterzuspielen und zu entpolitisieren, indem sie die Forderungen der Gefangenen aufs Essen reduziert und behauptet die Revolte käme von außen ("rote Provokation von außen", "der von der 'Roten Hilfe' inzinierte Gefängnistumult von Bruchsal", "die Mahlzeiten bieten mehr Kalorien als ein arbeitender Mensch benötigt", usw.). Sie mußte behaupten, daß die Revolte "von außen" nach "innen" hineingetragen wurde, um die Schweinereien wegzulügen und den Widerstand im Keime zu ersticken. Politik ist für sie etwas das von einigen wenigen oben für viele unten gemacht wird. Dieser Politikbegriff soll (muß für sie) gewahrt bleiben. Denn, wenn die Vielen unten einmal begriffen haben, daß sie für sich selbst Politik machen können, braucht man die Herrschenden nicht mehr.

Der Kampf geht weiter! Laut Presse will JuMi Bender mit den Gefangenen "verhandeln", sobald die "rote Provokation" aufhört. Bis auf einige wenige Ausnahmen ist es ihnen nicht gelungen, die Solidarität der Gefangenen zu brechen. Die Gefangenen brauchen keine "Agitation" von außen. Sie sind selbst fähig, den Kampf aufzunehmen und auch fortzuführen.

SOLIDARITÄT HEISST, DEN KAMPF INNEN DURCH DEN KAMPF AUSSEN ZU UNTERSTÜTZEN !

Ein Genosse in dem Knast hat uns folgenden Brief über die bisherigen Ergebnisse der "Verhandlungen" geschrieben:

1. Einkaufsproblem - zu teure Preise

Das Justizministerium will einen Groß-LKW kaufen und diesen als mobilen Verkaufswagen umbauen um damit alle Anstalten anzufahren. Die Waren werden direkt vom Großhandel gekauft und an die Gefangenen verkauft.

2. Privates Rundfunkgerät

Dies soll genehmigt werden, jedoch ist noch nicht entschieden ob mit UKW oder ohne. Die Rundfunkgebühren trägt der Gefangene.

3. Briefbeschlagnahme

Soll nur noch dann erfolgen, wenn Straftaten erörtert oder dazu aufgefordert wird, desgleichen wenn zu Flucht, Meuterei oder Ausbruch aufgefordert wird und die Anstaltsicherheit gefährdet ist.

4. Politische Zensur

Soll entfallen und nur noch angewandt werden, wenn es sich um "Hetzschriften" ohne politischen Wert handelt.

5. Gefangenen-Parlament

Soll geschaffen werden, jedoch muß der Landtag dafür die gesetzlichen Grundlagen schaffen, damit es auf rechtlicher Grundlage steht.

6. Parlamentarischer Untersuchungsausschuß

Soll eingesetzt werden und sich mit allen entsprechenden Fragen und Beschwerden befassen.

7. Rechtsinformation für alle Gefangenen

Jeder Gefangene soll in Zukunft in Form eines Merkblattes über alle seine Rechte informiert werden.

8. Zudem wird der Verpflegungssatz von 2.55 DM auf 3.20 DM sofort angehoben, außerdem soll dieser Satz Anfang nächsten Jahres eine weitere Erhöhung von -.30 DM auf 3.50 DM pro Tag erfahren.

Gebe diese Informationen bitte auch an die anderen weiter, damit sie sehen, was daraus geworden ist. Wir dürfen uns jedoch keinen falschen Hoffnungen hingeben, daß dies alles sofort kommt, und dies ist auch der kritische Punkt der sicherlich zu weiteren Aktionen Anlaß geben wird. Bisher sind es Zusagen die bis auf die beiden letzteren Sachen noch nicht realisiert sind."

FLUG BLATT AUS DEM KNAST

INFORMATION**INFORMATION**INF

Schicksalsgenossen!

Ihr alle wißt, daß in dieser Anstalt ein Lebensmittelhändler sein Unwesen treibt, den man nur als Profitgeier bezeichnen kann.

Wielange wollt ihr euch diese Schweinerei noch gefallen lassen? Hier werden euch von dem sauer verdienten Geld, das einen lächerlichen geringen 'Arbeitslohn' darstellt, auch noch die letzten Pfennige für ein paar minderwertige Konsumartikel abgegaunert! Laßt euch nicht zum Widerspruchslosen und wehrlosen Profitobjekt degradieren! Benutzt eure Intelligenz, besinnt euch auf eure Selbstachtung! Die Waffe des Häftlings ist (noch) der Kugelschreiber und der Beschwerdebogen! Nutzt diese Möglichkeit nach Kräften aus, denn die Anstaltsleitung selbst begnügt sich damit, dem Treiben dieses Wucherers stillschweigend zuzusehen! Mit ironischen Argumenten wie: "Ihr müßt froh sein, daß sich überhaupt ein Händler bereit erklärt, seine Waren in der Anstalt feilzubieten", versucht man euch für dumm zu verkaufen und von Beschwerden abzuhalten. Diese Behauptung ist eine geradezu unglaubliche Unverschämtheit der Anstaltsleitung, denn schließlich verschenkt ja dieser Händler seine Waren in der Anstalt an die Häftlinge - sondern macht sein Geschäft! Hier wird rigoros aus eurer Notlage Profit geschlagen, indem man auf unverschämte und gemeine Art und Weise die Preise stark überhöht! Die hier angebotenen Waren sind offensichtlich Lagerbestände deren Herstellungs- bzw. Haltbarkeitsdatum sich überwiegend haarscharf an der Zulässigkeitsgrenze bewegt. Es dürfte klar sein, daß genannter Händler diese Waren außerhalb der Anstalt nicht anzubieten wagt! Dies hindert den Händler jedoch nicht daran, auch diese verdorbenen Waren noch mit einem überhöhten Preis anzubieten und zu verkaufen! Von Sonderangeboten - wirklichen - hält dieser Profitraffer nichts! Warum auch? Wir können ja nicht zur Konkurrenz gehen, obwohl die Waren sowohl in Bezug auf Qualität wie auch des Preises keinen Vergleich mit einem realen Konsumladen standhalten!

Mitgefangene!

***Wehrt euch gegen diesen gemeinen Wucher!

***Euer Geld ist genauso rund und ebensoviel wert wie das Geld jedes anderen Bürgers!

***Kontrolliert die aufgedruckten Angaben auf den Waren in Bezug auf Herstellungstag und Haltbarkeitsgrenze!

***Verweigert die Waren, deren Haltbarkeitsgrenze haarscharf am ablaufen, oder bereits abgelaufen, ist!

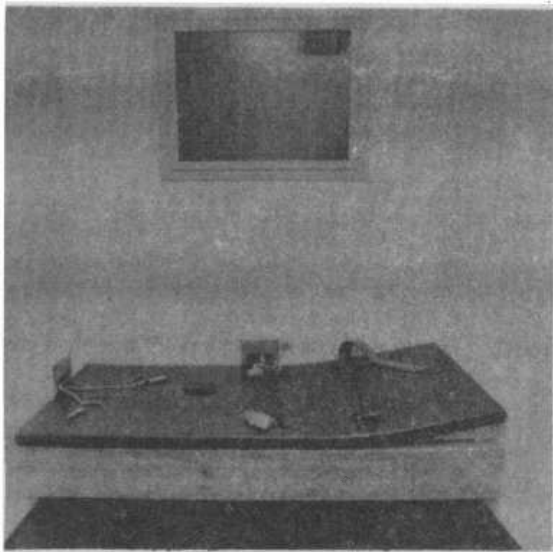
***Besteht bei diesen Waren auf wesentlich niedrigeren Sonderangebotspreisen!

***Bemüht euch um Preisvergleiche mit Geschäften außerhalb der Anstalt (z.B. durch die Anzeigen in den Tageszeitungen) und ihr werdet feststellen, welch unverschämter Aufpreise sich dieser Händler bedient, um sich auf eure Kosten gesund zu stoßen!

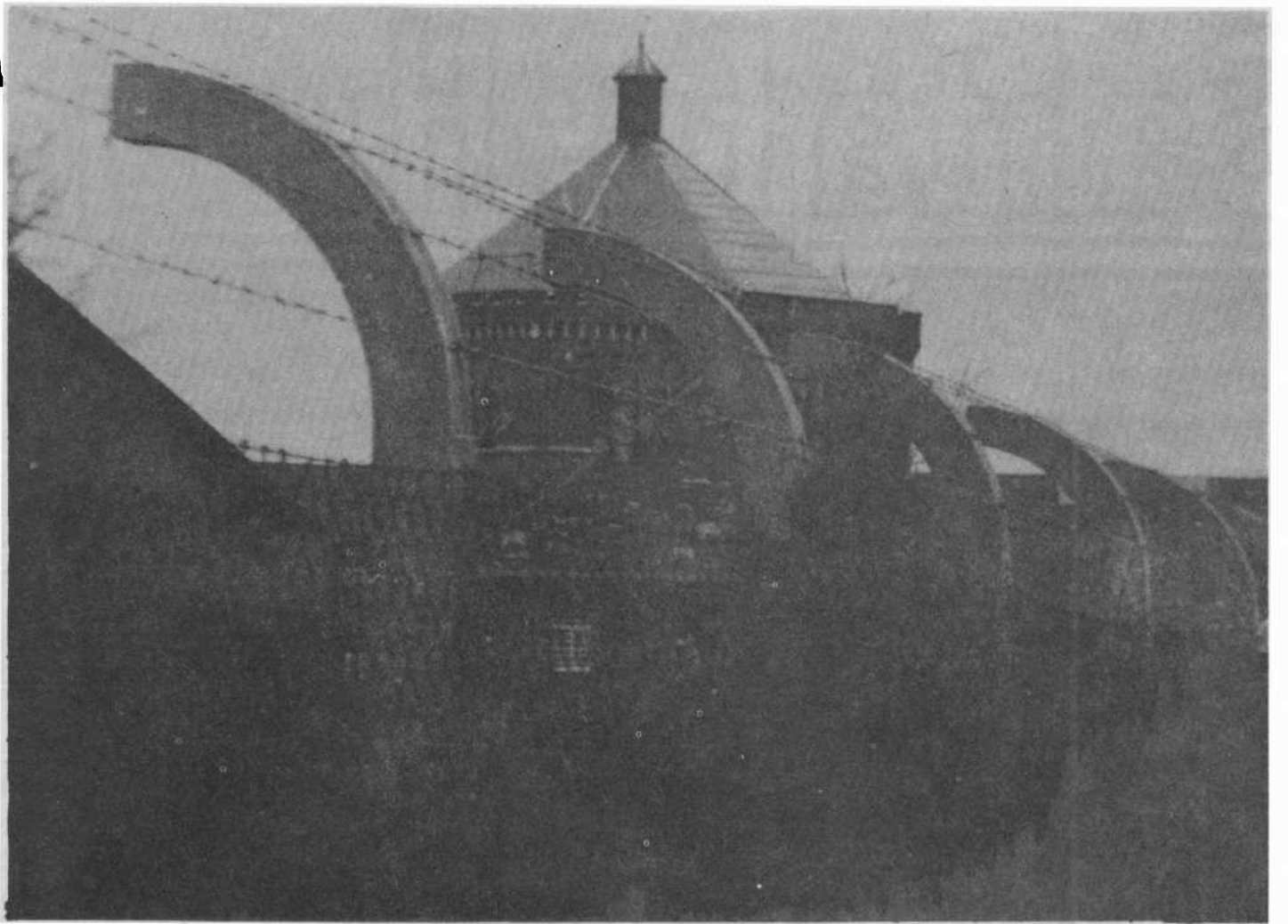
***Jeder einzelne Häftling sollte sich durch dieses Schreiben angesprochen fühlen, denn dies ist eine Sache die jeden von uns betrifft!

***Dies ist keine Meuterei, laßt euch nicht einschüchtern!! (Wir verweisen auf unsere letzte Information!!) Euer Ziel ist es, diese ungerechten und profitgierigen Preismanipulationen abzustellen!! Das ist euer gutes Recht!

***Nur eine Flut von Beschwerden an die Anstaltsleitung und das Ministerium ist geeignet, diese Zustände anzuprangern und letztlich abzustellen!



Hamburger Beruhigungszelle



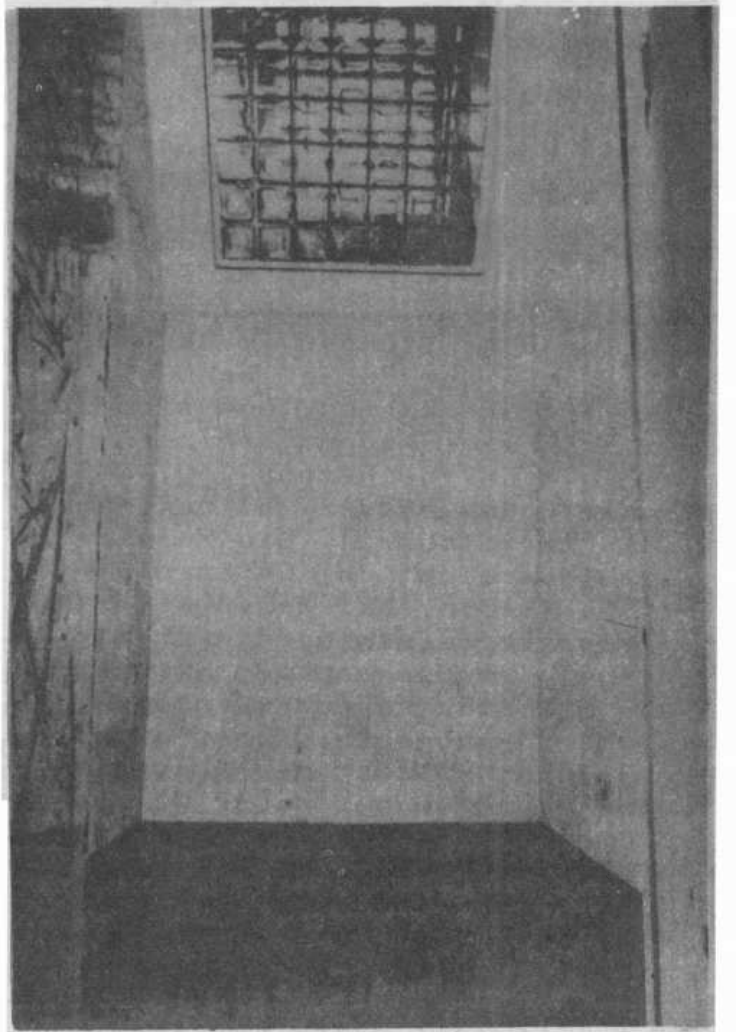
ES GIBT NOCH EINE MÖGLICHKEIT
DIESEN ZUSTAND ABZUSTELLEN!!!!

Ihr müßt euch nur darüber im klaren sein! Seid ihr bereit, einige Male auf eure Einkauf zu verzichten um diesen Zustand abzustellen oder wollt ihr diesen Profitgeier weiterhin mästen - nur weil ihr es nicht fertigbringt, vorübergehend auf ein paar Konsumartikel zu verzichten!!

ETWAS MEHR SOLIDARITÄT UND IHR HABT EUER ZIEL ERREICHT :
G E R E C H T E P R E T S F !!!

Mitgefangene!

Handelt solidarisch! Helft auch unseren ausländischen Freunden beim Schreiben einer Beschwerde!



INFORMATION**INFORMATION**INF

Bei den letzten Besuch des JM Bender kam auch dieser Sachverhalt zur Sprache und es wurde Abhilfe versprochen! Aber was hat sich seither getan? Nichts! Daraus müssen die Konsequenzen gezogen werden! Nur ja keine Gewalt! Danke an den letzten Aushang!

Santa Fu: Hungerstreik!



KETZE DER HAMBURGER MORGENPOST GEGEN GEFANGENE IN "SANTA FU"

Santa Fu vor einem Monat: 500 Gefangene im Hungerstreik, sie drohen mit kollektiver Arbeitsverweigerung. Ihre Forderung: Erhöhung des Essengeldes um 1,-DM. Sagenhafte 2,75DM hatte die Gefängnisleitung bisher für das Essen und Trinken eines ganzen Tages verwandt. Und so war das Essen auch! - Man konnte es nur in die Toilette kippen! und das, obwohl die Gefangenen hart körperlich arbeiten müssen. Und das, obwohl sie dem Gefängnis und dem Kapitalisten, bei dem sie arbeiten, eine ganz schöne Stange Geld einbringen. Sie arbeiten jeden Tag acht Stunden im Akkord, fünf Tage in der Woche. Wenn sie den Akkord überbieten, und sich dabei noch mehr kaputt schinden, kommen sie auf höchstens 150,-DM im Monat (das entspricht ungefähr 10% des Tariflohns). Die restlichen 90% streicht das Gefängnis ein. Die Firmen, bei denen sie arbeiten, verdienen nicht nur das "Übliche", sondern sparen darüber hinaus die Kranken- und Rentenversicherungsabgaben. Ihrer staatsbürgerlichen Pflicht der "Resozialisierung" genügen auf diese Weise u.a. die Firmen: Otto-Versand Hamburg und Valvo. Auch von den 90%, die das Gefängnis einstreicht, wird kein Pfennig für die soziale Sicherung der Gefangenen und ihrer Familienangehörigen verwendet.

Von den 10% "Verdienst" werden den Gefangenen noch 40 Pfennig pro Tag abgezogen als "Starthilfe" für die Zeit nach der Entlassung.

Kein Wunder, dass die Gefangenen da nicht mehr länger mitmachen wollen. Zwar ist ihrem Hungerstreik durch einige unverbindliche Zusagen der Ge-

fängnisleitung noch einmal der Wind aus den Segeln genommen worden, aber wie schon vor einem Jahr (siehe RH Nr.17) haben viele Gefangene erkannt, dass sie nur im gemeinsamen Kampf etwas erreichen können und nicht durch Bittbriefe und isolierte Aktionen.

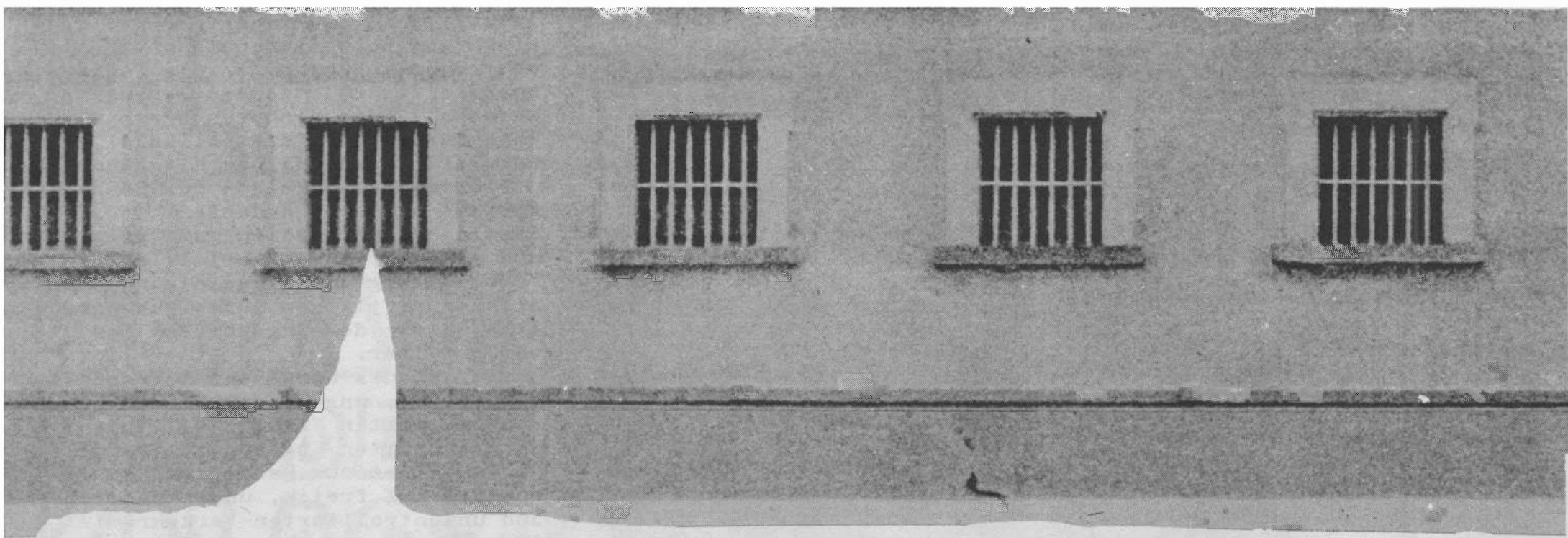
Santa Fu ist kein Einzelfall. Immer häufiger kommt es zu Unruhen, Hungerstreiks und offenen Revolten. Jüngstes Beispiel ist neben Santa Fu Bruchsal (siehe Artikel in dieser RH Nr.).

Die Justizverwaltung ist wegen dieser Entwicklung zwar nicht in einer Panikstimmung, aber doch in Unruhe versetzt; denn schliesslich sind die Gefängnisse ein nicht unwesentlicher Teil des Unterdrückungsapparates der herrschenden Klasse. Sie dienen der Einschüchterung der Bevölkerung und sie dienen dazu, Klassenkämpfer auszuschalten und zu zermürben. Diese Absicht wird nicht nur durch den Kampf in den Gefängnissen, sondern vor allem durch das zunehmende Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber der Justiz in Frage gestellt. Zwar ist die Bevölkerung berechtigterweise empört über Kriminelle, die oft gerade den kleinen Mann schädigen, aber andererseits weiss fast jeder, daß ins Gefängnis meistens nur die armen, kleinen Fische kommen. Die wirklichen Verbrecher die großen Gauner werden entweder überhaupt nicht belangt oder kommen statt ins Gefängnis ins Sanatorium. Und sie sehen auch, dass es mittlerweile in westdeutschen Gefängnissen politische Gefangene gibt. Das

Vertrauen in die Unabhängigkeit der Justiz ist erschüttert.

Gegen beides hat die Hamburger Justizverwaltung versucht vorzugehen. Zum einen hat sie die angeblichen Rädelsführer des Widerstandes in Santa Fu wegen Gefangenemeuterei anklagen lassen, um in die Zwingburgen des Kapitals wieder Ruhe zu bringen. Zum anderen hat die Justizverwaltung an die Hamburger Morgenpost (SPD-Zeitung) "Informationen" für schamlose Hetzartikel gegeben. Unter dem reißerischen Artikel "Hasch-Schnaps-Liebe" wurde das angeblich schöne Leben im Gefängnis ausgemalt. Wenn auch an dem Artikel kaum ein wahres Wort ist, so soll er doch seinen Zweck erfüllen: Den Kampf der Gefangenen gegen unmenschliche Behandlung zu verleumden, sie alle als kriminelle, verkommene Subjekte darzustellen, auch die politischen als kriminell abzustempeln (s.Bruchsal, Rote Hilfe schürt...) und die Wut der Bevölkerung von den grossen Verbrechern auf die kleinen zu lenken.





brief von rolf heißler: über verrat

Liebe..... wir haben uns heute nachmittag erst ausführlich über verrat unterhalten, wobei wir eigentlich gegensätzlicher meinung waren. in einem punkt waren wir allerdings einer meinung: menschlich hat man mit so einer person nichts mehr zu tun. während ich der ansicht war und bin, daß man mit derartigen genossen nichts, rein gar nichts mehr zu tun hat, weder jetzt noch in zukunft, meint franz, daß man sie zumindest taktisch weiter unterstützen müsse, sie nicht völlig isolieren dürfe (sonst sie direkt in die hände des klassenfeindes treibe) um zumindest das, was noch zu retten ist, zu retten, sprich: weitere aussagen zu verhindern. wir hier sind darauf angewiesen, was in den zeitungsen steht, was laut brief "lügen-geschichten" sind, was aber dennoch nicht verschleiern kann, das wenzel ausgesagt hat, und zwar mehr, als seine person betrifft. die forderung nach freilassung wenzels fiel in die zeit, in der noch nicht bekannt war, daß er ausgesagt hatte, ist also bedeutungslos (von roter volksarmee zu sprechen, finde ich beschissen, da ist fraktion schon ehrlicher). inwieweit die verhaftung von räther, der genossin, die ihn begleitet hat, tags drauf die verhaftung von einem 26 jährigen genossen und einer 19 jährigen genossin, das hochgehen einer wohnung im direkten zusammenhang mit den aussagen steht, vermag ich nur zu spekulieren. warum reden, zusammenarbeit mit dem klassenfeind, verständlich sein soll und außerdem nur entfernt was mit verrat zu tun hat, bleibt ein geheimnis. hätten sie an schwanz und hoden elektroden angebracht, hätten sie ihn physisch gefoltert, könnt man vielleicht von verständlich reden, doch so? es gibt in einer bestimmten phase des kampfes nur die eine oder die andere seite, der einmal gezogene trennungsstrich kann nicht punktuell als nicht gezogen hingestellt werden.

"solange verräter noch bei genossen landen können, nicht mal die fresse voll kriegen, sogar noch

verständnis dafür finden, daß sie um der schnellen rekonstruktion ihrer bürgerlichen existenz willen, weil sie keinen tag länger im knast aushalten können, andere für jahre reinbringen, andere den exekutivkommandos der polizei ausliefern, solange die zusammenarbeit mit der bewaffneten macht des kapitals immer noch eher toleriert wird als eine politische meinungsverschiedenheit - solange wird es verräterei geben. ohne den liberalismus innerhalb der linken zu kritisieren, können wir die verräterei nicht abschaffen." (raf "dem volke dienen")



Ruhland, der nützliche Hampelmann der Justiz; er war nett, aussagefreudig; er ließ sich ein bißchen erpressen und ein bißchen bestechen. Dafür wurde er vom Großen Gustav auch begnadigt.

das problem des verrats ist vor allen dingen ein problem der gruppe, die es direkt angeht (dh, die schuld, das eigene versagen kann man nicht einfach von sich schieben), aber auch das problem der linken, die es zuläßt, daß ein homann "linkes" in der konkret verbreitet, daß ein scholz, eine sturm, eine gräfer in jedem prozeß gegen genossen ihren dreck weiterhin verbreiten können, ohne zur verantwortung gezogen zu werden. das ist auf die dauer tödlich, nichts anderes. was interessieren mich die kuhn'schen

schuldkomplexe, was interessiert, ob er aufrichtig "bereut", wenn er im entscheidenden moment das, was unseren kampf erst ermöglicht - solidarität, vertrauen zueinander, verantwortung und verantwortlichkeit füreinander - aufgekündigt hat?? was habe ich mit jemandem zu tun, der die gemeinsame praxis verraten, die gemeinsame zukunft durch eigenes verhalten verunmöglicht hat?? dutzende genossen haben gezeigt, daß dem terror der bullen standzuhalten ist. sie sind zusammengeschossen, geschlagen, geprügelt worden, sie sind jetzt dem terror des knastes ausgesetzt, in löchern, ohne mit jemandem reden zu können usw. -- und trotzdem haben sie sich nicht "verbesserungen" auf kosten anderer erkaufte.

wir haben damals das problem des verrats nicht ausdiskutiert, es war ja auch nicht aktuell. deswegen ist es legitim, daß andere genossen eine andere meinung darüber haben. gleichwohl wird dieses problem am anfang jeder gruppe stehen müssen, wie man sich als gruppe gegenüber denen, die die nötige verbindlichkeit nicht aufbringen, verhalten wird. liberalismus auf diesem gebiet wird weder den betreffenden genossen helfen (denen hilft genau genommen eh' nichts mehr), noch uns; im gegenteil, er wird dafür sorgen tragen, daß man dieselben fehler wiederholt.

gruppen, deren struktur von unterdrückung und herrschaft bestimmt ist, werden langfristig wohl kaum eine überlebenschance haben; sie können vom klassenfeind sehr leicht zerschlagen werden. es müssen gruppen aufgebaut werden, deren mitglieder weitgehend voneinander autonom sind (auch wenn es die autonome persönlichkeit an sich nicht geben kann), deren prinzipien gleichheit und abbau von wissensvorsprung (gleich welcher art) sein müssen; diejenigen, die die herrschaft (auch einer partei) von menschen über menschen abschaffen wollen, werden wohl kaum innerhalb von gruppen arbeiten können, die zentralistisch von oben nach unten durchorganisiert sind.

Angriffe gegen die RAF-Anwälte!!



SCHÜTZT DIE RECHTSANWÄLTE! VERTEIDIGT DIE VERTEIDIGER!

Anfang Juli wurde in einer Westberliner Straße unter seltsamen Umständen ein Brief von Ra Ströbele an inhaftierte Mandanten aufgefunden. Diesen Brief nahm die Bundesanwaltschaft zum Anlaß, eine neue Kampagne gegen die Verteidiger von politischen Gefangenen zu starten. Die Zellen von sieben Genossen wurden am 16.7. durchsucht und alles schriftliche Material wie Aufzeichnungen, Verteidigerpost wurde beschlagnahmt. Begründet wurde dieses Vorgehen durch eine willkürliche Interpretation des gefundenen Briefes und der sinnentstellenden Verbindung zweier voneinander unabhängiger Halbsätze. Die Bundesanwaltschaft will mit ihren Maßnahmen beweisen, daß die Verteidiger die Kriminellen Bemühungen ihrer Mandanten unterstützen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung (das herrschende Ausbeutersystem) zu beseitigen. Mit dieser Beschlagnahme aller Unterlagen, die für die Verteidigung und die Vorbereitung der Prozesse wichtig sind, wird eine Verteidigung bald unmöglich. Die aufgefundenen schriftlichen Aufzeichnungen und Verteidigungsunterlagen, vor Allem bei Bernhard Braun in Straubing, wo teilweise die Anrede "Liebe Genossen" stehen soll und andere Auslassungen über Gesellschaft, Polizei und Justiz, nahm die Münchner Staatsanwaltschaft zum Anlaß, ein Ermittlungsverfahren gegen die Rechtsanwälte Eschen, Ströbele, Croissant und Lang wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung einzuleiten, um die Anwälte damit endlich ganz ausschalten zu können. Am 14.8. veröffentlichte der Bundesgerichtshof einen Beschluß, wonach Verteidiger vor Besuch bei ihrem Mandanten nach Waffen und

Ausbruchswerkzeugen durchsucht werden dürfen. Als Antwort auf eine Beschwerde von Eschen und Ströbele gegen die vom Ermittlungsrichter angeordnete körperliche Durchsuchung vor Besuch ihres Mandanten Holger Meins. Zu den Zellendurchsuchungen auch folgender Brief eines betroffenen und die Pressenerklärung der Anwälte vom 23.7.

ES KANN ABONNIERT WERDEN:

1 Einzelabo für die Nr. 22
bis 26 kostet 5 DM

Bei mehr als 5 Ex. 10 % Rab.

Das Geld bitte im voraus auf
das Postscheckkonto Bln-West

Renate Wolff

Sonderkonto "Zeitung"

Nr. 45562 - 103

überweisen (Vermerk: Abo) !

Den Bestellschein auf

Seite 15

ausschneiden und schicken an:

Rote Hilfe Westberlin

1 Berlin 21

Stephanstr. 60

Am 16.7.73 hat der Oberfaschist Knoblich vom Bundesgerichtshof zu einem neuen Schlag gegen die Rechtsanwälte der politischen Gefangenen ausgeholt: die Sicherungsgruppe Bonn durchsuchte die Zellen aller RAF-Gefangenen und beschlagnahmte: sämtliche Schreiben der Rechtsanwälte an ihre Mandanten. Sämtliches Verteidigungsmaterial und alles übrige Material, das zur Vorbereitung der Verteidigung dient. Alle schriftlichen Aufzeichnungen. Alle Briefe der Angehörigen und diverse Bücher.

Damit ist das Recht der Gefangenen auf freien, ungehinderten und unkontrollierten Verkehr mit ihren Rechtsanwälten abgeschafft worden.

Damit ist das Recht der Rechtsanwälte auf freien, ungehinderten und unkontrollierten Verkehr mit ihren Mandanten abgeschafft worden.

Damit ist das Recht der Gefangenen und Rechtsanwälte auf freie, ungehinderte und unkontrollierte Vorbereitung auf die Verteidigung und den Prozeß abgeschafft worden.

Damit ist das Recht für politische Gefangene und für ihre Rechtsanwälte abgeschafft worden.

SCHÜTZT DAS RECHT DER RECHTSANWÄLTE!
VERTEIDIGT DAS RECHT AUF VERTEIDIGUNG!

Schon letztes Jahr am 19.6.72 wurde der Rechtsanwalt O. Schily von der Verteidigung gegen Ensslins ausgeschlossen und ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet unter dem fadenscheinigen Vorwand, er hätte einen "Kassiber" geschmuggelt. Generalbundesanwalt Martin verkündete lautstark RA Schily sei "der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung dringend verdächtig". Die Springer Presse startete eine wilde Hetzkampagne, die Justiz bemühte sich mit allen Mitteln und üblen Tricks ihn als "überführt" darzustellen. Sie raubten ihm und seiner Mandantin fast ein Jahr lang das angeblich so "gesicherte Recht auf Verteidigung". Aber damals war ihr Angriff ein Schlag ins Wasser. Haltlos wie die Beschuldigungen waren, mußten schließlich die vollen Rechte des Verteidigers wieder hergestellt werden. Daraus kann man lernen, aber heute ist die Lage anders. Diesmal haben die Drahtzieher Martin und Knoblich höchst PERSÖNLICH den Angriff eingelegt. Diesmal ist er gegen alle Rechtsanwälte von politischen Gefangenen gerichtet, besonders aber gegen RA Chr. Ströbele. Diesmal soll endgültig mit dem Recht der politischen Gefangenen auf Verteidigung eingeräumt werden. Diesmal werden die Verdächtigungen noch abenteuerlicher, die Anschuldigungen noch irrwitziger sein. Diesmal wird das Geschrei und die Hetze noch faschistischer sein. Diesmal wird Bundesanwalt Martin die "absolut gesicherten Erkenntnisse und umfangreiches Belastungsmaterial" und ähnlichen Dreck verkünden. Diesmal werden sie vor keiner Verleumdung, keiner Entstellung und Verdrehung der Tatsachen, vor keiner noch so unsinnigen Konstruktion zurückschrecken, um den Rechtsanwälten einen Strick zu drehen. Diesmal sollen sie endgültig ausgebootet, am besten gleich eingelocht werden. Deshalb müßt ihr alle Anstrengungen unternehmen, die Rechtsanwälte und besonders RA Chr. Ströbele vor der Justiz schützen!

SCHÜTZT DAS RECHT DER RECHTSANWÄLTE!

VERTEIDIGT DAS RECHT AUF VERTEIDIGUNG!

VERTEIDIGT DIE VERTEIDIGER!

Diese Erklärung wird hier nach Rücksprache im vollen Wortlaut wiedergegeben.

Nachdem wir von den betroffenen Mandanten in dem entsprechenden Umfange von der anwaltlichen Schweigepflicht entbunden sind, nehmen wir zu den Pressemeldungen und den darin veröffentlichten Vorwürfen der Bundesanwaltschaft Stellung:

Unter dem 16. Juni 1973 wurde von Rechtsanwalt Ströbele ein von ihm verfaßter und als Verteidigerpost gekennzeichnete Brief an inhaftierte Mandanten zur Post gegeben, der u. a. folgende Passagen enthält:



1. Baader ist für Abbruch (des Hungerstreiks, weil draußen nichts Wesentliches mehr läuft, weil ohne Druck von außen keine Reaktion der zuständigen Stellen bezüglich der Forderungen zu erwarten ist, Info bzw. Schulungsprojekte viel wichtiger sind.



2. Großes neues Projekt, das Arbeit für alle für Monate und Jahre bringt: Info-Zentrale in Hamburg und Erstellung von Analysen und konkrete Gruppenschulung.



3. Papiere kommen gesammelt, müssen erst noch geschrieben werden. Meins hat dazu wesentliche Punkte angefügt. Nämlich, daß es Leute gibt, die auf kaum was schärfer sind, als irgendwo sauber gesammelt und entwickelt die Theorie und Anleitung zur Praxis eines konsequenten Kampfes gegen den bestehenden Macht- und Gewaltapparat zu finden. Dieser Punkt muß unbedingt berücksichtigt werden.

Diese Passagen sind sowohl vom Zusammenhang in dem fraglichen Brief, als auch von vorangegangenen und folgenden Schreiben her allein folgendermaßen zu interpretieren:

Bekanntlich waren vom 8. Mai bis Ende Juni 1973 eine große Zahl von Gefangenen in der Bundesrepublik und Westberlin im Hungerstreik um ihre Forderung nach einem ihre elementaren Menschenrechte während Haftvollzug öffentlich zu machen und zu unterstreichen. Begleitet hierzu gab es Informationsveranstaltungen, Demonstrationen, Flugblattaktionen, Unterschriftensammlungen und demonstrative Hungerstreiks "draußen".

Vorbemerkung:

Zu der in den letzten 14 Tagen anlaufenden umfangreichen Hetzkampagne gegen die Verteidiger der RAF-Angeklagten, die ihren ersten Höhepunkt in der unter mysteriösen Umständen gefundenen Brief hatte, nahmen die betroffenen Anwälte in einer Erklärung Stellung, die auf einer von ihnen am 23.7.73 abgehaltenen Pressekonferenz verlesen wurde.

Als Folge eines weitgehenden Boykotts aller Meldungen über den Hungerstreik auch durch die sogenannte liberale Presse ging die öffentliche Diskussion über die Haftpraxis in den hiesigen Gefängnissen stark zurück, "draußen lief also nichts mehr". Der Hungerstreik wurde dann beendet.

Mit dem Stichwort "Info-Zentrale" ist ein Projekt bezeichnet, das die Sammlung von Informationen mit politischer Relevanz aus allen Medienbereichen zum Ziel hat. Diese sollte in erster Linie zur Prozeßvorbereitung den Mandanten und den Verteidigern zur Verfügung stehen. Dieses Archiv soll von den Gefangenen durch Ausschneiden von Artikeln, aus den von ihnen bezogenen Zeitungen und Zeitschriften eingerichtet werden. Selbstverständlich sollten es alle Gefangenen auch für ihre theoretische Arbeit benutzen können, also auch für "Schulung". Die Pläne zur Schulung betreffen Fachgebiete wie politische Ökonomie, Marxismus, Imperialismustheorie usw.

Die Wiedergabe einer Äußerung von Meins in dem fraglichen Brief betrifft den Gesichtspunkt, daß die Ermittlungsbehörden erfahrungsgemäß bei Zellenkontrollen Aufzeichnungen von Mandanten, auch wenn sie der Vorbereitung der Verteidigung dienen, rechtswidrig kontrollieren, also "scharf darauf sind". Beim Schreiben sollte deshalb unbedingt berücksichtigt werden, daß derartige Übergriffe der Ermittlungsbehörden nur ins Leere stoßen können.

Die Technik der Bundesanwaltschaft, den Brief willkürlich zu interpretieren, geht dahin, beispielsweise voneinander unabhängige Halbsätze aus verschiedenen Teilen des Briefes sinnentstellend zu verbinden. So wird die Info-Zentrale und die konkrete Gruppenschulung, von der auf Seite 1 des Briefes die Rede ist, mit der Passage verbunden, beide sollten der "Anleitung zur Praxis eines konsequenten Kampfes gegen den bestehenden Machtapparat dienen". (so Süddeutsche Zeitung vom 18. 7. 1973)

So manipuliert und willkürlich interpretiert dient der Inhalt des Briefes, der auf mysteriöse Weise in die Hände der Sicherheitsbehörden des Bundes als Vorwand, ein weiteres Glied in der Kette regelmäßig wiederkehrender Aktionen gegen die Verteidiger politischer Gefangener. Nachdem im vergangenen Jahr die Attacke gegen den Kollegen Schily gescheitert war, sind nun mit veränderter Taktik andere Kollegen an der Reihe.

Bezeichnend ist, daß bis heute die Bundesanwaltschaft mit keinem Wort der Information oder der Bitte um Stellungnahme an die Beteiligten herantreten ist.

Vor allem aber ist die willkürliche und von keinerlei Tatsachen unterstützte Interpretation von Passagen eines Briefes Vorwand dafür, eine nach geltendem Strafprozeß- und Verfassungsrecht völlig rechtswidrige Maßnahme - die Beschlagnahme von Verteidigerpost und Verteidigungsmaterial - in den Zellen der Beschuldigten zu rechtfertigen. Selbst wenn die Interpretation der Bundesanwaltschaft richtig wäre, verböte das geltende Recht ein derartiges Vorgehen.

Damit verletzt die Bundesanwaltschaft mit dem Ermittlungsrichter am BGH Grundsätze, die eine verfassungsmäßige Ordnung überhaupt erst freiheitlich und demokratisch machen. Sie fördert eine Entwicklung, in der die Grundrechte nur noch ein gut formuliertes Stück Papier sind.

Wir sind im übrigen dazu bereit, ein Mitglied des Präsidiums der Rechtsanwaltskammer Berlin zur Erstellung eines Gutachtens Einblick in die Verteidigerbriefe zu geben.

gez.: Dr. jur. Ulrich K. Preuß
Klaus Eschen
H. Ch. Ströbele
Karl-Hugo Brentzel
Henner Kraetsch
Harald Reme

Bestellschein
(bitte leserlich schreiben !)

Name

Postleitzahl u. Wohnort

Strasse

Ich bestelle Exempl. der monatlich erscheinenden ROTEN HILFE ZEITUNG

In der ersten Hälfte dieses Monats wird es für das spanische Proletariat einen sehr wichtigen Prozeß geben. Zwischen 12 und 20 Jahren Kerker fordert die Staatsanwaltschaft für einige Arbeiter, deren "Verbrechen" darin besteht, führende Mitglieder der Comisiones Obreras zu sein. (CCOO) Das faschistische Regiem fördert praktisch lebenslänglich für Arbeiter, die ein demokratisches Grundrecht ausüben, das Franco nach dem Bürgerkrieg beseitigte, um die Profite der Herrscherclique zu sichern.

Wichtig ist dieser Prozeß weil:

- ★ das Regiem ein Exempel statuieren will, denn in Wirklich-

keit ist dies ein Prozeß gegen die CCOO im allgemeinen.

- ★ es ein unverschämter Angriff auf die demokratischen Rechte des spanischen Volkes ist.
- ★ die CCOO als politisches Machtmittel der Arbeiterklasse unbedingt erhalten werden muß.

Das Regiem befindet sich in einer schwierigen Lage, weil der Prozeß in einer Situation gemacht werden muß, in der das Francoregim eine Lockerung des diktatorischen Systems vorzutäuschen versucht. Diese Taktik wird ihm von den an der EWG interessierten Industriezweigen aufgezwungen.

Die Tatsache, daß dieser Prozeß demnächst inszeniert wird beweist, daß der Franquismus letztenendes keine andere Möglichkeit hat, das herrschende ökonomische System zusammenzuhalten als mit blankem Terror.

In einer Zeit, in der die Arbeiterklasse den Ausbeutern auf ökonomischem Gebiet ständig Probleme bereiten, (Lohnerhöhungen, Verlußt von Arbeitsstunden in einer Zeit der großen Nachfrage) ergibt sich die Notwendigkeit von Disziplinierungsmaßnahmen, um den ausländischen Kapitalisten ein "ruhiges Land zum investieren anzubieten."

CANACHO DESDE LA CARCEL



"HAREMOS DEL 1001 EL PROCESO DEL FRANQUISMO"

AUSLAND



WAS SIND COMISIONES OBRERAS ?

Nach der Liquidierung der Gewerkschaften der Anarchosyndikalist (CNT) und der Sozialisten (OGT), bot sich in Spanien eine völlig veränderte politische Situation. Jede Form von Arbeitskampf wurde verboten. Sie werden im Ansatz dadurch schon erstickt, daß jede öffentliche und auch private Versammlung verboten ist. Die hierarchisch organisierten Zwangsgewerkschaften der Fachisten, die den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital zugunsten der Ausbeuter ausschalten wollten, kamen als neue Mittel zur Disziplinierung in der Produktionsebene hinzu.

Jede Forderung der Arbeiter die den vom Staat gesetzten Rahmen sprengte, mußte von nun an gegen den Kapitalisten und die staatlichen Zwangsgewerkschaften erkämpft werden.

In spontanen Streiks 1956/57 wurden zum erstenmal Delegierte gewählt, die die Forderungen der Arbeiter direkt gegenüber dem Kapital und Staat vertraten. Nachdem in diesen Streiks erfolgreich Lohnerhöhungen bis zu 70 % erkämpft worden waren, traten diese jedoch in der Masse zurück.

Im Bergarbeiterstreik 1962 in Asturien erkannte man die Not-

wendigkeit, verschiedene Teilstreiks zu einem Generalstreik auszuweiten. Die entscheidende organisatorische Aufgabe hierbei fiel der CCOO zu, und man erkannte die Notwendigkeit kontinuierlich zu arbeiten. Es entstanden bis heute etwa 24 CCOO, die zu einer autonomen Bewegung in der Arbeiterklasse geworden sind. Entscheidend für die Kampflinie der CCOO sind die von den Arbeitern hervorgebrachten Forderungen.

Dies erfordert eine gewisse Öffentlichkeit der Bewegung, weil Entscheidungen nur in Arbeiterversammlungen getroffen werden können, die meist nur während einer Fabrikbesetzung möglich sind. Die Delegierten der Fabriken koordinieren sich mit Delegierten gleicher Produktionszweige. Diese wählen wiederum Delegierte, die sich lokal oder regional zusammentun. Die Delegierten einer ganzen Provinz treffen sich auf nationaler Ebene. (coordinadora nacional)

Die Organe sind hauptsächlich zur Koordination da mit dem Ziel, den nationalen Generalstreik zu organisieren, um das Regiem zu stürzen und die Produktionsmittel zu übernehmen.

Das politische Programm entwickelt sich aus den Forderungen der Arbeiter.

ROTE HILFE NIEDERLANDE

Lucien van Hoesel (Adresse: Huis van Bewaring-cel 110 Den Bosch, Nederland) ist unlängs zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er beschuldigt wird, im Besitz von Material gewesen zu sein, mit dem Bomben hätten hergestellt werden können. Bei dem Prozeß wurden wegen dieser Anklage nicht viele Worte verloren, dagegen wurde der angeblichen Mitgliedschaft Lucien's in der Rode Jeugd (Rote Jugend) viel Aufmerksamkeit geschenkt. Dies ist eine maoistische Organisation, die meint, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht ohne Anwendung von Gewalt verschwinden kann und daß diese Gewalt langsam verstärkt werden muß, daß man aber jetzt schon mit dem Aufbau der Organisation zu beginnen hat. Dies kann jedoch nicht ohne praktische Erfahrungen geschehen, so daß Gewalt auch schon jetzt angewandt werden muß. Darüber hinaus sieht die Rode Jeugd es als ihre Pflicht an, den (bewaffneten) Kampf in der dritten Welt durch bewaffnete Angriffe auf die Basen des Imperialismus in unseren Ländern zu unterstützen. Die Rode Jeugd ist folglich in den Niederlanden die radikalste Organisation, die nicht davor zurückschreckt, Gewalt anzuwenden und große

FREIHEIT FÜR MARCELINO CAMACHO UND DIE GEFANGENEN GENOSSEN!

Marcelino Camacho und seine Genossen sind Mitglieder der coordinadora nacional der CCOO. Es sind Genossen, die ihr Leben ganz der Sache der Arbeiterklasse gewidmet haben. Sie haben viel dazu beigetragen, daß die CCOO ausgeweitet wurde und populär geworden ist. Gleichzeitig aber haben sie beeinflußt durch die revisionistische Politik der spanischen KP (P.C.E.), eine große Verantwortung für die Liquidierung der CCOO. Ihre falsche Politik bestand darin, daß sie:

1. einen Moment der Schwäche bei den Faschisten vermutet haben und fast ganz den Untergrund verlassen haben. Dies nahm die Polizei zum Anlaß Mitglieder zu verhaften, (Camacho unter ihnen) sobald die Arbeit der Organisation für die herrschende Klasse gefährlich wurde
2. die Linie vertraten, die CCOO sollten nicht in erster Linie eine revolutionäre Gewerkschaft sein, sondern eine politische Bewegung. Dies hatte zwei schwerwiegende Konsequenzen für den Kampf der Arbeiter

Einmal entfernte sie sich immer mehr von den Arbeitermassen, deren politisches Bewußtsein zu wenig entwickelt ist. Zum Zweiten begab sich CCOO in Abhängigkeit von der P.C.E. Jetzt entfernten sich nicht nur von der Basis, sondern auch noch von der Arbeiteravangarde, die die Politik der P.C.E. nicht akzeptieren.

Diese absolut negativen Gesichtspunkte in dem Kampf von Camacho und seinen Genossen müssen auch erklärt werden, wenn man sie gegen den Terror der Faschisten verteidigt, weil sie Arbeiter, Antifaschisten und Genossen sind. ★★★



türlich in erster Linie, weil die Niederlande keine Insel in der imperialistischen Welt sind, sondern ein integrierender Bestandteil des Imperialismus, der keinen eigenen Weg gehen darf. Ein Antistreikgesetz ist in Vorbereitung und außerdem existiert ein Gesetzentwurf eines gewissen Mulder, der jetzt noch vom Parlament abgelehnt worden ist, in Zukunft aber wohl angenommen wird. Dieses Gesetz räumt der Polizei weitgehende Befugnisse ein (u.a. das in Vorbeugehaftnahme einer beliebigen Person ohne viel gesetzliche Schwierigkeiten, nur weil die Polizei meint, daß die betreffende Person eine strafbare Handlung begehen könnte). Die Vorbereitungen für dieses Gesetz laufen weiter. So führt die Polizei Razzien auf Ansammlungen von Ausländern in den Niederlanden (Südmolluken, Surinamer) durch, überfällt Wohnwagenlager, organisiert Razzien auf den Autobahnen (sogen. Verkehrskontrollen) und es werden spezielle Bombenbekämpfungstrupps und Scharfschützeinheiten eingerichtet.

Die Angriffe der Justiz auf Organisationen wie die Rode Jeugd werden im Parlament sehr stark durch die Fraktion der Liberalen Partei unterstützt; diese Partei forderte bereits das Verbot der Rode Jeugd. Auch dies konnte noch nicht durchgeführt werden, aber durch den Einsatz von Polizeiprovokateuren wird versucht, der Rode Jeugd gewisse Aktionen aufzuzwingen, die ein Verbot nach sich ziehen können. Bei der Entlarvung eines Provokateurs wurden telefonische Aussagen führender Polizeifunktionäre auf Band aufgenommen, die wörtlich lauteten, die Rode Jeugd müsse ausgerottet werden.

Aus Anlaß der letzten Verhaftungen ist in den Niederlanden eine Rote Hilfe (Rode Hulp) aufgebaut worden, die ungeheuer zu wachsen beginnt, was beweist, daß viele in den Niederlanden mit der faschistischen Entwicklung nicht einverstanden sind. Die Rode Hulp will nicht nur Personen und Organisationen unterstützen, die in den Niederlanden den Kapitalismus bekämpfen, sondern auch mit den Roten Hilfen im Ausland zusammenarbeiten.

GEGRÜNDET!

Sympathien für die Prinzipien der RAF hegt. Ihre Praxis zeigte sich u.a. im Anzünden eines Polizeiautos eines verhassten Hauptkommissars, im Werfen von Molotowcocktails auf die Leitung von Fabriken, die viele Menschen auf die Straße setzen usw. Neben der Rode Jeugd sind in den Niederlanden einige andere Organisationen entstanden, die Stadtguerilla betreiben. Die 'Revolutionäre Volksfront Niederlande' steckte unter anderem die amerikanische Bibliothek in Brand, verübte einen Anschlag auf ein türkisches Touristenbüro (zur Zeit der Todesurteile in der Türkei) und kündigte im Oktober vorigen Jahres eine Reihe von Bombenanschlägen auf amerikanische Konzerne in den Niederlanden an.

Weiterhin besteht die Aktionsgruppe Philips-Griechenland, die ein Dutzend Anschläge auf einen der größten Elektrokonzerne der Welt, Philips, verübte. Bis jetzt ist noch niemand von diesen Organisationen verhaftet.

Ende letzten Jahres wurde Lucien verhaftet, weil in seinem Haus Material zur Herstellung von Bomben gefunden worden sein soll. Bestimmungen wie den §129 bestehen in den Niederlanden nicht, aber der Staatsanwaltschaftsmacht den Prozeß

deutlich zu einem Politikum, indem er ausführte, daß Lucien dieses Material verwenden würde, weil bei der Rode Jeugd in Theorie und Praxis soviel Gewalt vorhanden sei. Inzwischen ist man in Berufung gegangen.

Es ist übrigens nicht das erste Mal, daß Lucien im Gefängnis sitzt. Er wurde vor einiger Zeit nach einem Molotowangriff auf die Polizei schon einmal verhaftet und vier Monate festgehalten, bevor er freigesprochen wurde. Ebenso ist ein führendes Mitglied der Rode Jeugd - Henk Wubbe - , der sechs Monate unschuldig im Knast saß. Die Polizei versucht mit allen möglichen Mitteln, Organisationen wie die Rode Jeugd zu zerschlagen, u.a. durch den Einsatz von Spionen und Denunzianten, wobei ziemlich hohe Geldbeträge auf dem Spiel stehen. So versuchte man, einen Sympathisanten der Rode Jeugd als Spion anzuwerben, für einen Betrag von 2 000 Gulden (etwa 2 000 DM) steuerfrei pro Monat. Obwohl in den Niederlanden augenblicklich noch ein ziemlich günstiges Klima herrscht - die Niederlande sind bekannt wegen ihrer großen Kunst in der Handhabung repressiver Toleranz - deutet sich doch an, daß in den kommenden Jahren die deutschen oder englischen Zustände auch hierhin kommen werden. Dies na-

ADRESSE ROTE HILFE NIEDERLANDE:

Rode hulp Nederland
postbus 651
Eindhoven, Nederland

DERFOLGENDE BRIEF AUS CEYLON WURDE VON DEM GEFÄNGNIS GESCHMUGGELT UND IN LON-
 EINER GRUPPE FRAUEN GESCHRIEBEN, DIE IM APRIL 1971 VERHAFTET WURDEN, ZU EINER
 ZEIT ALSO, ALS DIE REPRESSIONSPOLITIK DER CEYLONESISCHEN REGIERUNG GEGEN DIE JAN-
 ATA VIMUKTHI PARAMUNA (VOLKSBEFREIUNG-
 FRONT) IHREN HÖHEPUNKT ERREICHTE.
 DER BRIEF WURDE IM SEPTEMBER '72 AUS

DEM GEFÄNGNIS GESCHMUGGELT UND IN LON-
 DON VON EINEM MITGLIED DES "CEYLON SOLI-
 DARTY CAMPAIGN" AUS DEM SINHALESISCHEN
 ÜBERSETZT

DIESER BRIEF IST
 VON DER REDAKTION DES "LANGENMARSCH
 SCHON EINMAL IN DIESER GEKÜRZTEN
 FASSUNG VERÖFFENTLICHT WORDEN.



AUSLAND

Wir haben uns zum nochmaligen Abdruck dieses Briefes ent-
 schlossen, weil wir die Ereignisse für zu wichtig halten,
 als dass man sie einmal zur Kenntnis nehmen und dann wie
 der unter der Rubrik 'Verschiedenes' zu den Akten der
 Weltrevolution legen könnte.

Eines fällt auf: Da war ein waschechter Volksaufstand mit
 allem drum und dran, ein Volksaufstand, der auf brutal-
 ste Weise erstickt wurde; bloss in der deutschen Linken,
 in der man sich vor 'Sieg im Volkskrieg' - Parolen und
 'Proletarischer Internationalismus'-Aktionen kaum retten
 kann, wird die Geschichte von wenigen Ausnahmen abgesehen
 unter den grünen Tisch gefegt. Der Grund dafür liegt darin
 dass die Geschichte der Unterdrückung dieses Aufstandes
 zu den perversten Vorfällen in der Geschichte der inter-
 nationalen Arbeiterbewegung gehört.

Man ist erst mal ratlos und verwirrt, wenn man hört, dass
 die Massaker von einem persönlichen Glückwunschtelegramm
 Tschu En Lai's bejubelt werden. Natürlich ist soetwas
 sehr unangenehm, vor allem dann, wenn manche Genossen
 der chinesischen Eishockeymannschaft und dem chinesischen
 Zirkus transparente-, fähnchen- und fäustewinkend zujubeln
 um so ihre tiefe Verbundenheit mit dem chinesischen Volke
 unter der weisen Führung des grössten Marxisten-Leninisten
 der Gegenwart zu bekunden. Irgendwas stimmt nicht in der
 'festen proletarischen Weltanschauung' der westdeutschen
 Revolutionäre.

Solidarität mit der Revolution in der 3. Welt besteht nicht
 nur in Vietnam-Demo's, sondern auch vor allem darin, ihre
 Probleme auf den Tisch zu bringen.

"Alle die in der Frauenabteilung
 des Welikanda-Gefängnisses ver-
 dächtigt waren, am Aufstand be-
 teiligt gewesen zu sein, wurden
 entkleidet und einer Untersu-
 chung unterworfen. Als wir er-
 klärten, daß uns eine solche Be-
 handlung peinlich sei, beschimpf-
 te man uns in unflätiger Weise.
 Verdächtige dürfen keine zusätz-
 liche Kleidung von den Eltern
 empfangen und konnten deshalb
 ihre Kleidung nicht wechseln um
 sie zu waschen. Als wir uns be-
 schwerten, gab man uns weiße
 Kleidung, wie sie von Verurteil-
 ten getragen wird. Wir hatten
 auch nichts von dem zur Verfügung
 was Frauen in der Menses brau-
 chen und waren in großer Not.
 In der ersten Zeit waren wir tags-
 über eingeschlossen und sogar
 die Fenster blieben verriegelt.
 Lautes sprechen und Lachen war
 verboten. Nur zum Essen wurden
 wir hinausgeführt und nur dann
 bekamen wir auch Trinkwasser.
 Einmal, als die meisten von uns
 Durchfall hatten, konnten wir
 uns nach unserer Notdurft nicht
 waschen, weil die Türen nachts
 nicht geöffnet wurden.

Als die Zahl der Verhafteten
 immer größer wurde, ließ man uns
 morgens um 5 Uhr hinaus, und er-
 laubte uns bis abends um 5 drau-
 ßen zu bleiben.

Die Räume waren so überfüllt,
 daß einige von uns bei den Toi-
 letten schlafen mußten. Das Essen
 wurde uns in schmutzigen Eimern
 gebracht, die voller Rost waren.
 Das Essen selbst war völlig ge-

schmacklos. Es enthielt weder
 Kokosnußmilch noch Paprika (un-
 erlässlich für ceylonesisches Es-
 sen). Manchmal waren Maden im
 Reis und einige Mädchen brachen
 das Essen wieder aus. Andere,
 die es nicht über sich brachten
 den Reis zu essen, wurden darau-
 hin krank. Wenn wir den Hunger
 nicht länger ertragen konnten,
 pickten wir die Maden heraus und
 aßen den Reis. Manchmal bekamen
 einige Mädchen gar kein Essen und
 andere mußten es sich mit ihnen
 teilen. In einer Woche war der
 Reis so voller Sand, Daß wir
 ihn überhaupt nicht essen konnten.
 Sogar eine Frau, die eine Woche
 vorher ein Baby bekommen hatte,
 kriegte dasselbe Essen.

In der Arzneistube gab es
 Flaschen Medizin und ein paar
 Aspirin- und Vitamintabletten.
 Das waren die Medikamente, die
 sie uns für jede Krankheit ver-
 schrieben.

Wenn jemand nachts plötzlich
 krank wurde, gab es keine Behan-
 lungsmöglichkeit für sie, außer
 wenn wir lange schrien, denn die
 zuständigen Polizeioffiziere
 schliefen alle. Wenn die Wachen
 sich schließlich bequemten und
 wir sie inständig baten, verspra-
 chen sie gewöhnlich, daß sie
 telefonieren würden. Die Wache,
 die für die Verteilung der Medi-
 kamente zuständig war, kam ge-
 wöhnlich ans Fenster. Wenn ein
 Kranker nicht aufstehen konnte,
 mußten wir ihn ans Fenster tra-
 gen. Denn den Wachen war es ver-
 boten nach 5 Uhr die Türen zu

öffnen. Wenn überhaupt ein Arzt
 kam untersuchte er die Kranke
 nicht, sondern fragte nur nach
 Namen, Alter und was sie hätte
 und verschrieb ihr irgendeine
 Medizin. Der Divisionsarzt
 untersuchte nur Fälle, die sehr
 ernst waren, und verschwand dann
 sofort wieder. Wenn eine Genossin
 eine ansteckende Krankheit hatte,
 wurde sie in eine Einzelzelle
 verlegt, wo sie kaum frische Luft
 bekam und sich ihr Zustand nur
 verschlimmerte. Kranke, die
 Masern oder Hautkrankheiten hat-
 ten bekamen nicht einmal ein
 Glas Milch (Die einheimischen
 Ärzte benutzen Milch um den Kör-
 per zu kühlen).

Da die Zahl der festgenommenen
 groß war, hatten wir nicht genug
 Räumlichkeiten. Wir mußten zu-
 sammengewpfercht in unbequemer
 Haltung schlafen und schwitzten
 in der Hitze. Das war der Grund
 warum so viele von uns krank
 waren.

Anfangs gab es noch Einig-
 keit unter den Gefangenen und
 niemand kroch vor den Aufse-
 hern. Später jedoch, mit dem
 Versprechen, sie vorzeitig frei-
 zulassen, haben die Polizeioffi-
 ziere einige Mädchen dazu gewon-
 nen, für sie zu spitzeln und
 Handlangerdienste zu machen, zum
 Beispiel ihre Sachen zu nähen.
 Die Lagerverwaltung hat dann un-
 sere Uneinigkeit dazu benutzt um
 uns zu tyrannisieren. (Als wir
 festgenommen wurden, wurden vie-
 le Mädchen belästigt und verge-
 waltigt. Einem Mädchen wurde der

Spendenkonto:

Spenden für die **MIR**
(Chile) :

Jürgen Heiser

Postb. Essen N.274466-433

IMPRESSUM:

Rote Hilfe
1 Berlin 21
Stephanstr. 60

Eigendruck im
Selbstverlag

KindereckeKinder

Liebe Kinder !

Dieses Bild von Kindern
aus Nordirland hat Euch
Euer

Rafchen

(RAFchen)
mitgebracht.



Arm so umgedreht, daß er brach,
er ist bis heute noch nicht
geheilt.)

Die Frauen wurden im Beisein
ihrer Kinder vergewaltigt. Einer
von ihnen wurden Buchstaben in
den Arm gebrannt und ihr Sohn
wurde in ihrer Gegenwart erschos-
sen.

Eine andere Leidensgefährtin
wurde auf der Polizeistation
Panalla gefoltert. Man riß ihr
die Kleider herunter und schlug
sie. Es wurden ihr Verbrennungen
zugefügt. Zwei Männer, die zu-
sammen mit ihr verhaftet waren,
wurden brutal zusammengeschlagen.
Die Polizisten sprangen und
trampelten auf der Frau herum.
Die Männer die mit ihr waren,
wurden mit Messern gestochen, die
Hände wurden ihnen abgeschnitten
und sie wurden schließlich leben-
digen Leibes verbrannt.

Es gibt nur ganz wenige Mäd-
chen hier, die nicht geschlagen
oder belästigt worden sind. In
den meisten Fällen ermordete man
ihre Brüder vor ihrem Augen. Wir
gehen hier nur die Grausamkeiten
wieder, die Frauen erlitten haben
Viel Schlimmeres, was wir Frauen
gezwungen waren mitanzusehen
wurde unseren Männern zugefügt.

Man sagt uns die Zahl derer,
die das Kriminallgebäude verlas-
sen, sei weit geringer als die
Zahl derer, die dort ankommen."



HAUSDURCHSUCHUNG IN TÜBINGEN

Am 12.7.73 um 5.30 Uhr drangen
mit einem Nachschlüssel fünf be-
waffnete LKA (Sicherungsgruppe des
Landeskriminalamtes) Bullen in die
Wohnung der Phil. Studentin Gertrud
von Witzleben ein. Einer dieser
Bullen erdreißte sich der noch
Schlafenden, die Decke wegzurei-
ßen und hielt ihr einen Durchsu-
chungsbefehl unter die Nase. In
der Zwischenzeit wurde die Wohnung
auf den Kopf gestellt. Nachdem
sich Gertrud von Witzleben mit
ihren inzwischen zwei erwach-
ten Kindern, hinsetzten konnte,
überdachte sie erst einmal die
gesetzliche Handhabe. Wohl bemerkt
unter Bewachung einer Kripo-
Beamtin.

Was ging voraus? Durch einen Be-
schluß des BGH-Richters Dr-
Knoblich wurde dem LKA am
19.5.73. eine Befugnis erteilt,
die Wohnung der Deutsch-Argen-
tinierin zu durchsuchen. Sie
wurde der "Mitgliedschaft einer
kriminellen Vernichtung" nach
§ 129 des StGB und der Beteili-
gung an Andreas Baaders's und
Ulrike Meinhof's "Rote Armee
Fraktion" beschuldigt.
(Gertrud von Witzleben wurde
seit Oktober 72 observiert.)

Da in der Wohnung von Witzle-
ben nichts belastendes gefunden
werden konnte, mußten doch we-
nigstens Schriften, wenn auch
nur Studienmaterial (Texte in

spanischer und portugiesischer
Sprache) in Verwahrung genom-
men werden. Gegen 8 Uhr wur-
de Gertraud von Witzleben von
sechs Bullen zum Verhör auf das
LKA Bebracht.

Die Bullen waren sich schon
sicher, jene "Elsa", von der das
berüchtigte Kassiber der in
haftierten Gudrun Ensslin
spricht, in den Händen zu haben.
(In der Anweisung für den
noch in der Freiheit sich be-
findenden Rest der BML heißt
es dort: "Elsa vielleicht als
Verlobte von Mac aufbauen" und
"Ort des Dates muß Elsa Checken")
Als Kronzeuge in den Ermittlungen
wurde der frühere BM-Drucker
Hans-Peter Konieczny Gertrud von
Witzleben gegenübergestellt. Er
meinte in ihr jene Elsa wiederzu-
erkennen, mit der er vor einem
Jahr einen konspirativen Treff
in Tübingen-Lustnau hatte. Le-
diglich am gerollten "r" der zu-
vor kriminalgemäß erkennungsdienst-
lich behandelten Rezitatorin
hatte Konieczny seine Zweifel.

Nach 5 1/2 stündlichen Verhör
(Fangfragen; Ob sie in Offenbach
gewesen sei? Ob sie ein bestimm-
tes Haus in der Burgsteige
kenne...G.v.W. alles völlig
absurd) mußte Kripooberrat Ro-
bert Weida (Leiter des LKA Abt. 3)
Oberster Baader-Meinhof Bekämp-
fer im Lande) gestehen, daß sich
der Verdacht nicht beweisen läßt.



civilbulle vergaß koffer...

An der Tübinger Universität streikten im vergangenen Monat die Studenten. Der Streik richtete sich gegen das Landeshochschulgesetz, welches die Studenten an jeglicher politischer zu hindern versucht. Während des Streiks mischten sich Kriminalbeamte unter die Studenten und zeichneten ihre Diskussionsbeiträge auf. Manche Redner wurden nicht nur namentlich genannt, wie sich später herausstellte, es war der Polizei auch bekannt, zu welcher politischen Organisation die Redner gehörten. Einige Zivilbullen wurden von den Studenten erkannt und aufgefordert, die Versammlungsräume zu verlassen.

Nach einem massiven Polizeieinsatz an der Uni, der vom Uni-Präsidenten angefordert wurde; dem Kleinen Senat sollten die Forderungen der Streikenden vorgetragen werden; rief das Streikkomitee zu einer Demonstration auf, die oberflächlich gesehen ohne Zwischenfälle verlief. Doch von einem gut geschützten Kaffeehaus aus wurde der Demonstrationszug vom Kriminalpolizisten Engelbert aus Reutlingen fotografiert. Als er entdeckt und zur Rede gestellt wurde, flüchtete der Zivilbulle und ließ dabei einen Koffer zurück.

- 1 Taschenlampe
- 3 Fahndungsfotos
- 3 Plastikhandschuhe
- 1 Fernglas
- 3 Miniabhörgeräte (Wanzen)
- 1 Paar Handschellen
- 1 Pistole mit Magazin
- !!! Block Totenscheine !!!
- (für unvorhergesehene Fälle)
- Ringbuch mit Notizen über Bombenanschläge auf das US-Hauptquartier in Heidelberg, ferner drei Leichenberichte und Fahndungsberichte mit Fotos vom 7.6.72!
- 1 Stenoblock mit Notizen über den Streik der Studenten an der Tübinger Uni mit Namen, Organisationen und Autonummern.

Besonders die Miniabhörgeräte und Notizen bezeugen in welchem erschreckenden Ausmaß die Bundesbürger heute überwacht werden. Die jüngsten Arbeiterstreiks in Mannheim und anderen Städten zeigten, daß nicht nur die von der bürgerlichen Presse verteufligten Studenten, von Springer schlicht 'Chaoten' genannt, den Kampf gegen politische Unterdrückung aufgenommen haben. Auch von dem Streik bei der Maschinenfabrik John Deere wurde berichtet, daß die Polizei sich unter die streikenden Arbeiter mischte, um sie zu bespitzeln. Aber nicht nur in der Überwachung der Streikenden bestehen Zusammenhänge zwischen Arbeitern und Studenten. Leider ist es bisher den Reichen immer noch gelungen, einen Keil zwischen Arbeiter und Studenten zu treiben.

Die Entdeckung von Klaus-Dieter Engelbert, seine Flucht ohne die Ausrüstung war natürlich eine blamable Niederlage

Blättchen "Tübinger Wochenblatt" griff die Darstellung der Polizei auf und verbreitete die Lüge vom gemeinschaftlichen Raub, begangen von Studenten.

Damit alles schön glaubwürdig erscheint, startete die Tübinger Polizei eine Aktion gegen mehr als 12 Studenten. Ausgerüstet mit einem Durchsuchungsbefehl von Richter Tritschler wurden erfolglos 12 Wohnungen in Tübingen durchsucht; teilweise in Abwesenheit der Bewohner. Am gleichen Morgen, 11.7.73, wurde auch der Student Michael Latz unter Verdacht des gemeinschaftlichen Raubes verhaftet. Doch die Polizei konnte nur die Verhaftung und Durchsuchung des Studenten bekanntgeben, der eigentliche Beweis, der Koffer, wurde nicht gefunden!

Die subjektive Aussage des angeblich Beraubten genügt, um den Haftbefehl gegen Michael Latz aufrecht zu erhalten.

Die Unschuld von Michael Latz wird sich herausstellen. Darauf kommt es aber weder dem Richter noch der Polizei an. Wieder sind hier Vergleiche mit Arbeiterstreiks am Platze: wie in den Fabriken so auch in den Hochschulen soll der politische Kampf gebrochen werden, dazu braucht man einen "Rädelsführer", einen "Räuber", kurz einen Buhmann, um der Bevölkerung fiktive Machtverhältnisse zu demonstrieren. Man will einschüchtern.

In Tübingen, auch das muß gesagt werden, ist diese Taktik der Polizei nicht ganz ohne Erfolg geblieben.

Ferien, ob im Betrieb oder an der Universität, schieben die Klassenkämpfe nicht auf. Spontan hat sich ein Komitee zur Befreiung von Michael Latz gebildet, welches der Tübinger Bevölkerung und darüber hinaus aufzeigen wird, daß Michael Latz unschuldig ist und ein Opfer der alten, aber immer wieder neuen Methode der herrschenden Klasse.



Von zehn Angeklagten kamen nur zwei:

Prozeß versäumt, weil die Tomaten bald reif sind...

Die zehn Rädelsführer waren im letzten Dezember durch die Kölner Innenstadt gezogen. Wie Ameisen kamen sie mit einigen hundert Gesinnungsgenossen aus den U-Bahn-Schächten der Innenstadt und prügten sich mit der Polizei.

Die Demonstranten protestierten gegen den amerikanischen Bombenkrieg in Vietnam.

Mit einem großen Aufgebot an Wachmeistern sollte der Prozeß gegen zehn Demonstranten beginnen, die sich im letzten Dezember eine wilde Straßenschlacht mit der Polizei lieferten. Doch die Vorsichtsmaßnahmen im Kölner Gericht erübrigten sich. Nur zwei Rädelsführer der Vietnam-Demonstration und ein Berliner Anwälte-Kollektiv waren erschienen.

Die acht weiteren Angeklagten hatten die tollsten Ausreden für ihr Nichterscheinen parat. So ließ einer von ihnen das Gericht aus Berlin wissen: „Ich bin Blumenzüchter. Alle Stunden muß ich meine Pflänzchen gießen. Außerdem sind meine Tomaten bald reif. Die müssen geerntet werden. Setzen Sie der Termin doch drei Wochen später an.“ Ein anderer meldete Bauchschmerzen aus Frankreich. Mit Schluckbeschwerden entschuldigte sich ein anderer Angeklagter.



Spitzelbesteck im Diplomatenkoffer



Der Inhalt des Koffers zeigt, wie weit die Verfolgung fortschrittlicher Menschen in der BRD gediehen ist. Im Koffer befanden sich:

Veranw. i. S. d. P.:

REGINA SPIRZ

der Bullen, die sie sofort umzudrehen versuchten und laut verkündeten, man hätte dem Zivilbulle Engelbert den Koffer mit "Gewalt" abgenommen. Strafrechtlich wäre das gemeinschaftlicher Raub. Die Tübinger Presse, voran das faschistische

CHILE:

**WOHIN FÜHRT DER
"LEGALE WEG ZUM
SOZIALISMUS" ?...**

EBEN!

Belagerung am Weissbeckerhaus Berlin

Ein heißer Sonntagnachmittag im Juni: Gegen 15 Uhr marschieren Bullen vor dem Weissbecker-Haus in der Wilhelmstrasse auf. Sie suchen einen Sack mit Gips und etwas Bauholz, das von einer Baustelle verschwunden ist.



Offensichtlich handelt es sich um einen Sondereinsatz, denn man sieht eine Reihe von Zivilen mit Sonnenbrille und Toupet, die mit dem Einsatzleiter reden oder diskret im Hintergrund "beobachten".



Das Weissbecker-Haus ist verbarrikadiert, im Erdgeschoß ist nur noch ein Fenster offen, die Leute haben in Eile alle noch möglichen Vorbereitungen getroffen, um ihr Haus zu verteidigen. Die herumgehenden Telefonate erreichen nur die wenigen "Linken", die sich gerade nicht in den Badeanstalten aalen.

Vor dem Haus treffen schließlich etwa 70 Leute ein; auf der gegenüberliegenden Seite stehen die Anwohner aus der Nachbarschaft.

Einige der Nachbarn, insbesondere Eltern, deren Kinder in der Schülergruppe, die das Weissbecker-Haus macht, sind, und die Mutter eines Typen aus dem Weissbeckerhaus schalten sich in die Verhandlung mit den Bullen ein.



Es besteht das Angebot, daß drei Bullen durch das Fenster klettern, um das angebliche Diebesgut zu besichtigen. Am Anfang finden das einige Leute noch unmöglich, den Bullen zuzumuten durch das Fenster zu steigen. Im Verlauf der 3 1/2stündigen Belagerung, mit der fortwährenden Drohung zu stürmen und das Haus gleichzeitig zu räumen, wird aber die Einsicht allgemein, daß das Angebot des Weissbecker-Hauses durchaus im Verhältnis zu seiner realen Lage steht. Die Bullen allerdings lehnen es ab, darauf einzugehen.

Hysterisiert durch einen Zwischenfall zwischen einem Bullen und einem Typen, dem der Bulle die Kamera weggerissen hat, werden die Leute auf beiden Strassenseiten von dem Haus weggedrängt bis zur nächsten Strassenecke, wo Feuerwehr und Unfallwagen bereitstehen.



Der Effekt ist: die bisher getrennt stehenden "Linken" und "Bürger" aus der Nachbarschaft werden vereinigt. Es entsteht eine allgemeine Diskussion, die zwischen Wut und Gelächter schwankt.

"Was steht ihr hier rum?"

"Ihr verschleudert unsere Steuergelder!"

"Wem gehört denn überhaupt das Holz?"

"Heutzutage werden noch ganz andere Sachen geklaut, um die ihr euch nicht kümmert."

"Wenn man euch braucht, kommt ihr nicht, aber hier steht ihr rum!"

Es wird immer klarer, daß die Leute durch die dünne Absperrung (10-15 Bullen über die ganze Strassenbreite) sofort durchrennen, wenn am Haus was passiert.



Schon eine ganze Weile lang erscheint der Einsatzleitung und einigen Herren in Zivil der offensive Sturm nicht mehr opportun, zumal sie sehr wohl feststellen müssen, daß die Leute im Haus nicht wehrlos aufgeben. Das Peinliche ist nur, man kann keinen Grund finden, der den Abzug und damit vielleicht auch den Aufmarsch rechtfertigen würde: Eine Baufirma, der Holz und Zement gehören würden, hat sich nicht gefunden; Eine Besichtigung im Haus über den vorgeschlagenen Weg haben die Bullen abgelehnt; Zu stürmen ist nicht mehr möglich, weil es zu viele Verletzte geben würde und weil der Unmut der Bevölkerung schon ziemlich angestiegen ist. Schließlich beharren die Bullen darauf, daß die drei Typen, die auf der Baustelle arbeiten, ihre Personalien angeben. Als dies geschehen ist, ziehen sie mitsamt ihrem Materialwagen (mit Stangen, Ketten, Seilen usw.) unter dem Gelächter der Leute ab.

Rote Hilfen Knastgruppen

Roland Mayer
757 Baden-Baden 11
Hauptstr. 2
Postscheck Karlsru.
Nr. 114301-751
"B.Kohlen Baden-B."

RH Westberlin
1 Berlin 21
Stephanstr. 60
Postscheck Berlin
Nr. 337637
"R.Fink-Sonderkto."

RH Bochum
c/o Pol.Buchhandl.
463 Bochum
Overbergstr. 5
Stadtspark. Bochum
Nr. 800821
"Rote Hilfe"

Gabriele Weber
53 Bonn-Beuel 1
Postfach 511032
Postscheck Köln
Nr. 288755-509
"Gaby Weber"

J. Klaus
61 Darmstadt
Arheiligenstr. 48
Dresdner Bk. Darm
Nr. 928569
"K.Wiesner"

Klaus Dillmann
46 Dortmund
Lagerhofstr. 9
Stadtspark.Dortm.
Nr. 003662993

Axel Menk
41 Duisburg 28
Augsburgerstr. 6
Dresdner Bk. Duisb.
Br. 2133891
"Rote Hilfe"

Rode Hulp
Postbus 651
Eindhoven
Holland

RH Erlangen-Nürnb.
c/o Politladen
852 Erlangen
Hindenburgstr.17
Sparkasse Erlangen
Nr. 19039
"Rote Hilfe"

RH Flensburg
c/o Soz.Zentrum
239 Flensburg
Norderhofenden 5

RH Frankfurt
6 Frankfurt
Unterlindau 74
Dresdner Bank Ffm.
Nr. 4116604

SH Freiburg
c/o Sozial.Bund
78 Freiburg
Schwabentorstr. 6
Öffentl.Spark.
1.Freiburg
Nr. 2014142

RH Giessen
c/o Mabula
63 Giessen
Postfach 2107
Commerzbank
Nr. 2020790

1. Domschat
2 Hamburg 20
Christ.Förster-
Str. 8a
Postscheck Hamb.
Nr. 382470-208
"1.Domschat"

Christa Tacke
2 Hamburg 76
Hebbelstr. 12
Knastgruppe
c/o UJZ Hann-Nord
3 Hannover
Kornstr. 28-30

1ZRU
69 Heidelberg
Grabengasse 14
c/o ASTA
Heidelb.Volksbk.
Nr. 19964

Klaus Kienzler
792 Heidenheim
Clichystr. 12
Heide Schulz
75 Karlsruhe
Gartenstr. 56b

RH Kassel
35 Kassel 1
Postlagerkarte 126
Stadtspark.Kassel
Nr. 856633

RH/SK Köln
c/o Ralf Aurand
5 Köln 1
Moltkestr. 27
Postscheck Köln
Nr. 249670-504
"R.Aurand-Sonderkto"

Knasthilfe
c/o Cunnigham
674 Landau
Hintergasse 3

RH Marburg
c/o Roter Stern
355 Marburg
Am Grün 28

Gertraud Will
8 München 2
Bavariaring 43
Stadtspark.Münch.
Nr. 907-112189
"Gertraud Will"

RH Düsseldorf
Jürgen Heiser
404 Neuss
Venloerstr. 37
Postscheck Essen
Nr. 274466-433
"Jürgen Heiser"

RH Stuttgart
c/o Buchl.Aktion
7 Stuttgart 1
Weberstr. 6-8
Stuttgarter Bk.
Nr. 42960

RH/SK Wetzlar
c/o Buchl.Impuls
633 Wetzlar
Postfach 1704
Postscheck Ffm.
Nr. 517545-604
"Impuls"

Commune
87 Würzburg
Weg zu Neuen Welt 21
Stadtspark.Würzb.
Nr. 2927283

KNASTOTHEK

51 Aachen
Adalbertsteinweg 92
Helmut Bremen

8890 Aichach
Schloßpl. 7 (Frauen)
Margit Czenki

845 Amberg JVA
Manfred Kessler

7144 Asperg,
Postfach 268
Walter Albrecht
Eddy Bind
Lutz Buhr
Siegfried Knutz
Jürgen Linzenmeier

858 Bayreuth
Postfach 2969 JVA
Konrad Dippold
Karl Heinz Kuhn
Klaus Grepentin
Günther Mayer

1 Berlin 21
Lehrterstr. 61
Verena Becker
Vera Berzel
Kath.Hammerschmidt
Brigitte Mohnhaupt
Paula Weiss

1 Berlin 37 (Düppel)
Str. 518
Harry Swinarski

1 Berlin 21
Alt-Moabit 12a
Brigitte Asdonk
Hans JürgenBäcker
Erhard Bartnick
Ernst Beck
Monika Berberich
Salif Camara
Irene Goergens
Elic Grusdat
Michael Herb
Heinz Jansen
Wolfgang Knupe
Dieter Kunzelmann
Horst Mahler
Michael Müller
Werner Certeel
Horst Rakow
Ingrid Schubert
Peter Seidler

Faramarz Shamanez
Herald Stech
Joachim Tiedtke
Wolfgang Versin
Willi Räther
Paul Küppers

1 Berlin 27
Seidelstr.39
Peter Jürg.Allin
Arno Banisch
Karl-Heinz Bosse
Horst Brieger
Hilmar Buddee
Anton Cremers
Kurt Foest
Eckh. Friedrich
Hans-Joach.Gerhardt
Helmut Görs
Jürgen Günther
Wolfgang Hähnel
Klaus Hammerschmidt
Herbert Haufe
Reginald Hauschild
Erik Hennig
Walter Heidrich
Manfred Hermann
Helmut Hildebrand
Dieter Jäger
Peter Michael Jahn
Hans Kallup
Jürgen Klopfer
Gerhard Knuth
Roman Köcher
Hans Jürgenkopp
Heinz Martschinke
Karanfilovski Milovan

Manfred Muder
Hans-Joachim Peter
Klaus Peters
Hajo Rostek
Detlef Rubusch
John Schimpf
Wolfgang Schmidt
Bruno Schön
Uwe Schulz
Hans Sonntag
Willi Sovjak
Lothar C.Stephane
Achim Stresow
Werner Thiemann
Klaus-Dieter Tiedtke
Bodo Rich.Villwock
Gerd Wilke
Wolfgang Windolf
Otto Zimmermann
Dieter Zielke
Bogie Vesorice

6252 Diez/Lahn
Limburgerstr.122
Wade Moore
41 Duisburg
Goethestr. 3
Dieter Pfeiffer

6602 Ebrach
Edmund Bach
Willi Piroch
48 Essen
Krawehrstr. 59
Gero Ebberfeld
Gudrun Ensslin
Gabr.Kröcher-Tiedemann

6 Frankf.-Neugesh.
Marianne Herzog
Astrid Prohl
Heinz Korbe
PeterMizlberg

66 Ffm.-Hüchst
Hospitalstr.18
Siegfried Brenner

Freiburg
Ettenheimerstr.8
Ulrich Luther
Jörg Mors
78 Freiburg
Herm-Herder-Str.8
Elmar Stark
nagen, Gerichstr.2
Paul Borowski
Albert Eversberg
Peer W.A.E.Kaschik
Wolfgang Koffinke
Kurt Koschara
Holger Mumm

5843 Ergste, Dillstr.1
Till Meyer

2 Hmb.63, Am Hasen-
berge 26
Uwe Ackermann
Hans Goesch
Jürgen Heining
Lothar Leidereiter
Hans Lübker
Manfred Puttkammer
Heinz Sawora
Rainer Zeitler

2 Hmb.36, Holsten-
glacis 3-5
Wolf Dietr.Barnbrock
Brigitte Brunnstein
Werner Hoppe
Manfred Kaelke
Rosy Riel
Ingolf Seifert
Manfred Schneider
Jürgen Sprenger
Maria Treder

2 Hmb.63, Suhrenk.98
Peter Stiebert

2 Hmb. 80, Neuen-
gamm Heerweg 75
Wolfgang Jan-dt

625 Hameln,
Postfach 600
Karl-Heinz Briede
Frank Eichhornst
Jürgen Keller
Gerd Schulz
Thomas Wegerich

Hamm, Bismarck-
str.5, Postf.283
Walter W.Sauerbrey
Peter Schneiderat

3 Hannover, Schulen-
burger Landstr.
Hans Jürg.Klotsche
Bodo Krauskopf
Peter Josef Lienard
Günter Mathis
Bernd Ohne Ohnesorge
Michael Pichel
Hans Joachim Pfliegel
Wilfried Volter

69 Heidelberg
Oberer-Fauler-Pelz
Manfred Schmitz

49 Herford, Postf.336
Udo Hentrich

8851 Kaishelm
Hofgasse 40
Karl-Heinz Dörfler
Peter Schult

35 Kassel, Postf.71
Dieter Hartmann
Klaus-Peter Helle

75 Karlsruhe
Riefstahlstr.9
Gerhard Wiesenberg

5 Köln 350 (Ossend.)
Rochusstr. 2350

Ulrike Meinhof
Gerhard Müller
Jan Raspa
Peter Paul Zahl

881 Landsberg
Hindenburgring 12
Roland Otto

8229 Laufen/Lebenau
Michael Bland

445 Lingen, Postf.96
Willi Görsdorf

714 Ludwigsburg
Schoondorferstr.28
Gerhard Kistorz

Mannheim
Karl-Heinrichstr.11
Ulrich Lauth
Siegfried Mauchner
Siegfried Ludwig
226 Mühlendorf,
Kneinstr. 51
Ernst Görl

8 München 90
Stadelheimerstr.12
Günther Braunbarth
Klaus Clement
Wolfgang Petrowski
Gerhard Titz

8 München 21
Camerloherstr.132
Peter Schwartz

8851 Niederschönfeld
Dieter Magetu
Günther Mieth

85 Nürnberg
Bärenschanzstr.68
Peter Kleina
Rainer Rof

563 Remscheid 12
Masurenallee 28
Wolfgang Thierhof

Rastatt, JVA
Irmgard Möller

5308 Rheinbach
Aachener Str.39
Herbert Fordon
Hans Dieter Lehmann
Horst-Erwin Röckle
Hans-Jürgen Meyer
Manfred Stöcker

66 Saarbrücken 1
Lerchesflurweg 111
W.J. Wittmann

8440 Straubing
Außere Passauer
Str. 90
Fritz Albrecht
Bernhard Braun
Rolf Heißler
Stefan V.Heydebrand
Franz Maierhofer
Anton Schulz
Dimitri Todorow
Silvio Zschanerk
Rolf Pohle

7 Stuttgart-Stammheim
Aspergerstr. 60
Peter Axel Oberstein
Kurt Faber
Manfred Müller
Helmut Pohl
Manfred Schallenberg
Wolfgang Huber

2848 Vechta
Ilse Bongartz
Reinhard Decken

476 Werl, Postf.301
Peter Eler
Karl-Heinz Grümmer
Wolf Dietr. Krieg
Helmut Leyrer
Lothar Reinholz
Gerd Stubenrauch
Heinz Wieland
Hermann Büsgen

4156 Willich,
Gartenstr. 1
Bernd Marowski
Dieter Schiffer
Dieter Pfeiffer
Hans D. Töllkien

556 Wittlich
Holger Meins

3340 Wolfenbüttel
Am Ziegenmarkt 10
Kurt Marks
Siegfried Merkur
Rudi Bunkowski
Jonny Mann

3579 Ziegenhain/
Schwalmstadt
Andreas Baader
Dieter Strauß

666 Zweibrücken
Joh.Schwebelstr.33
Manfred Grashof
Wolfgang Grundmann
Klaus Jünschke

UNSERE WAFFEN!

